

Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schrum.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüststraße Nr. 18b.
Telephonruf Nr. 8392.

Zusatz
für die sechsgepaßte Colonne oder deren Raum 80 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

In einer Aufl. von **184 000** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Das Wirtschaftsleben im ersten Halbjahr 1904.

Die im Vorjahr eingetretene wirtschaftliche Besserung hat im ersten Semester des laufenden Jahres angehalten, ja, sogar noch eine weitere Steigerung erfahren, die um so überraschender, als seit dem Februar der Krieg zwischen Rußland und Japan in Ostasien geführt wird, der im Wirtschaftsleben der beiden beteiligten Staaten eine gewaltige Störung zur Folge hatte, die sich auch auf dem Weltmarkt fühlbar machte. In Rußland liegt die ganze Industrie völlig darnieder, aus allen Industriezentren wird von Massenarbeitslosigkeit, Not, Elend und Verzweiflung der beschäftigungs- und verdienstlosen Behntausende berichtet, und in Japan wird es nicht anders sein. Zahlreiche Aufträge, die von den kriegführenden Ländern der ausländischen Industrie erteilt worden waren, wurden sistiert, und manche Projekte mit neuen Aufträgen mußten aufgegeben werden. Davon wurde die deutsche Industrie, die in normalen Zeiten in starkem Verkehr mit Rußland steht, selbstverständlich empfindlich betroffen. Wenn sie trotzdem einen neuen Aufschwung erlebte, so beweist dies, daß die Krisenjahre neue Bedürfnisse gezeitigt, die nun Befriedigung heischen. Zu verkennen ist dabei aber nicht, daß die Prosperität eine blühendere sein würde, wenn der Krieg zwischen Rußland und Japan nicht zum Ausbruch gekommen wäre.

Die Fortdauer und weitere Steigerung der wirtschaftlichen Besserung bekundet sich zunächst im Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, der nach der Jastrowschen Halbmonatschrift im ersten Halbjahr gegenüber der gleichen Periode der letzten drei Jahre folgende Gestaltung erfuhr. Es kamen auf je 100 offene Stellen Arbeitsuchende:

	1904	1903	1902	1901
Januar . . .	159,1	202,3	241,6	165,8
Februar . . .	124,2	175,3	219,4	146,8
März . . .	100,4	124,6	148,6	122,2
April . . .	112,8	139,0	153,7	141,4
Mai . . .	123,4	141,6	160,6	145,9
Juni . . .	120,9	141,6	166,1	148,7

Der Vergleich zeigt, daß in jedem der sechs Monate das Verhältnis der Nachfrage nach Arbeit im ersten Semester dieses Jahres günstiger und zwar erheblich günstiger war als in den vorangegangenen letzten zwei Jahren und auch als im Jahre 1901. Dabei erstreckte sich der gesteigerte Bedarf an Arbeitskräften so ziemlich auf alle Zweige des Wirtschaftslebens, wenn auch in der einen Industrie größerer Bedarf war als in der anderen.

Diesem Umschwung der Verhältnisse entspricht auch die Erhöhung der Produktion, des Außenhandels, des Eisenbahnverkehrs, der Gründungstätigkeit, die Verminderung der Auswanderung. So betrug die deutsche Roheisenproduktion im ersten Halbjahr 1904 4999413 Tonnen, gegen 4934532 in der gleichen Zeit 1903, 4013776 Tonnen 1902 und 3953779 Tonnen 1901. Die Zunahme beträgt also gegen 1903 64881 oder 1,40 Prozent, gegen 1902 985637 Tonnen gleich 24,55 Prozent und gegen 1901 1045634 Tonnen gleich 26,45 Prozent. Die Mehrerzeugung entfällt auf Gießerei-, Bessemer- und Thomasroheisen, während in Stahl und Puddel-eisen weniger hergestellt worden ist.

Die Kohlenproduktion betrug 93663974 gegen 87302453 Tonnen.

Der Eisenbahnverkehr ergab mit 863357506 Mt. Einnahmen gegenüber dem ersten Halbjahr 1903 eine Steigerung um 47052717 Mt., woran der Güter- und Personenverkehr relativ ungefähr gleich partizipieren.

Gegründet wurden 59 neue Aktiengesellschaften mit 70,46 Millionen Mark Aktienkapital gegen 42 beziehungsweise 77,98 im ersten Semester 1903. Das ganze Jahr 1903 ergab eine Kapitalsumme von 300 Millionen Mark, in der aber die neugegründete Gesellschaft Krupp mit 160 Millionen inbegriffen ist und daher auf alle anderen Neugründungen nur 140 Millionen entfielen. Bei dieser Gelegenheit sei einmal darauf aufmerksam gemacht, daß seit 1892, seit dem Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die Bedeutung der Zahl und des Kapitals neugegründeter Aktiengesellschaften für die Beurteilung der ökonomischen Entwicklung eine weit geringere geworden ist als vor 1892. In immer größerem Umfang bedienen sich nämlich die Unternehmer jener Gesellschaftsform mit beschränkter Haftung, die insofern vor allem weit bequemer und der kapitalistischen Tendenz entgegenwärtiger ist, als sich ihr Leben nicht wie bei der Aktien-

gesellschaft vor der Öffentlichkeit abspielt. Von den Neugründungen im ersten Semester entfallen auf die Metall- und Maschinenindustrie nur 7 mit 4,9 Millionen Mark Aktienkapital. Der Durchschnittsbetrag des auf eine Gesellschaft entfallenden Aktienkapitals stellt sich wieder verhältnismäßig sehr niedrig, auf nur 1,19 Millionen Mark, und er würde sogar erheblich unter 1 Million geblieben sein, wenn nicht die im März konstituierte Deutsche Petroleum-Aktiengesellschaft ein Kapital von 20 Millionen Mark hätte. Bemerkenswert ist noch, daß in diesem Jahre noch keine Elektrizitätsgesellschaft gegründet worden ist.

Die Emissionen betragen 831 Millionen Mark minimal und 875 Millionen im Kurswert, gegen 1134 beziehungsweise 1185 Millionen im ersten Semester 1903 und 701 beziehungsweise 727 Millionen im zweiten Semester des Vorjahres. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahres ist demnach die Emissionstätigkeit eine weit geringere gewesen, gegen das zweite Halbjahr 1903 eine etwas lebhaftere. Indessen partizipiert daran die Industrie in nur bescheidenem Maße, nämlich nur mit 94 beziehungsweise 128 Millionen (erstes Semester 1903: 64 beziehungsweise 91 Millionen). Der Löwenanteil daran entfällt auf Staats- und Stadtanleihen, Hypotheken zc.

Eine nicht unerhebliche weitere Steigerung hat der Verkehr der Reichsbank erfahren, der 16432,26 gegen 15673,32 Millionen Mark, um drei Viertel Milliarden mehr als im ersten Halbjahr 1903 betrug und damit das bisherige Maximum erreichte.

Der Außenhandel Deutschlands bezifferte sich auf

	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
	Millionen Tonnen	Millionen Mark	Millionen Mark	Millionen Mark
1904:	22,80	18,60	9180	2508
1903:	21,72	18,30	3077	2432
1902:	19,66	15,78	2839	2223

Demnach haben Einfuhr und Ausfuhr, und zwar der Menge wie dem Werte nach, eine weitere Steigerung erfahren. Daran hat die Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie einen nicht unbedeutenden Anteil. Ihre Einfuhr betrug 181465 Tonnen (1903: 133456 Tonnen), dem Werte nach 32103000 Mt. (27477000 Mt.); ihre Ausfuhr 1415901 Tonnen (1830801 Tonnen), dem Werte nach 306289000 Mt. (318185000 Mt.). Die Ausfuhr überwiegt demnach die Einfuhr in bezug auf die Menge und den Wert um das Vielfache. Der Vergleich zeigt, daß die Einfuhr gestiegen, die Ausfuhr dagegen zurückgegangen ist. Offenbar hängen diese Veränderungen im Außenhandel der Eisenindustrie mit dem wesentlich erhöhten Inlandsbedarf zusammen.

Auch die Ausfuhr an Menschen ist zurückgegangen. Im ersten Halbjahr 1903 wanderten über Hamburg 86480 Personen aus, wovon aber nur 6434 Deutsche dauernd; im ersten Semester 1904 verließen bloß 69353 Personen über Hamburg Europa, worunter 4341 Deutsche. Im Gegensatz zu dem Rückgang der Auswanderung hat der Seeverkehr in Hamburg eine erhebliche Zunahme erfahren. Es liefen ein 7167 Seeschiffe mit 4794734 Registertons, und es gingen aus 7094 Seeschiffe mit 4784154 Registertons. Die Zunahme der ankommenden Seeschiffe gegen 1903 betrug 496 mit 404273 Registertons, die der abgehenden 470 mit 341415 Registertons. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr betrug 401 Dampfboote und 565 Segler. Es handelt sich dabei um eine Steigerung des Frachtverkehrs.

Trotz der wirtschaftlichen Besserung waren die Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital im ersten Semester weniger umfangreich als in der gleichen Zeit des Jahres 1903, insbesondere fehlten die großen Ausperrungen, die im Vorjahr in Sferlohn, Berlin, Bremen, Mannheim, Pirmasens, Dresden zc. dem Unternehmertum belieben und dadurch der Geschichte dieses Jahres das besondere Gepräge gaben. In zahlreichen Lohn- und Streikbewegungen fehlte es indessen auch nicht.

Ungeachtet dauerte erfreulicherweise in der ersten Hälfte des laufenden Jahres die fortschrittliche Weiterentwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung an, die in dieser Zeit die erste Million an Mitgliedern erreichte und überschritt. Die Metallarbeiter sind daran stark beteiligt.

Soffen wir, daß die zweite Hälfte des Wirtschaftsjahres 1904 mindestens ebenso relativ gut verläuft wie das erste Semester verlaufen ist.

Der internationale sozialistische Kongress in Amsterdam

hat folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Arbeiterversicherung.

In Erwägung, daß die Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft in der Regel nur so kleinen Lohn erhalten, daß dieser kaum zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse während ihrer

Lätigkeit langt, so daß sie in Not und Elend verfallen, wenn sie verhindert sind, ihre Arbeitskraft zu verwerten, sei es durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter oder Arbeitslosigkeit, weibliche Arbeiter auch durch Schwangerschaft oder Mutterschaft, in fernerer Erwägung, daß jeder Mensch ein Recht auf Existenz und die Gesellschaft ein Interesse an der Erhaltung der Arbeitskraft hat, müssen Einrichtungen geschaffen werden, welche die Not der Arbeiter und den hierdurch hervorgerufenen Verfall ihrer Arbeitskraft verhindern.

In der kapitalistischen Gesellschaft kann dies am besten durch eine wirksame Arbeiterversicherungsgesetzgebung erreicht werden. Die Arbeiter aller Länder haben daher Einrichtungen zu fordern, durch welche Krankheit, Unfall und Invalidität möglichst verhindert werden, und durch obligatorische Versicherungsgesetze ihnen ein Rechtsanspruch auf ausreichende Mittel zum Lebensunterhalt und zur ärztlichen Hilfe gewährt wird, wenn sie durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Schwangerschaft, Mutterschaft oder Arbeitslosigkeit gehindert sind, ihre Arbeitskraft zu verwerten.

Die Kosten der Versicherung sind in erster Linie bei der Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversicherung durch direkte Steuern vom Vermögen, Einkommen und Erbschaft progressiv zu tragen. Wo dies nicht geschieht, werden die Beiträge, auch wenn sie von den Unternehmern bezahlt sind, stets einen Teil des Arbeitslohnes in Anspruch nehmen. Es ist daher Aufgabe der Arbeiter, diesen Lohnverlust durch Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organisation auszugleichen.

Die Arbeiter müssen fordern, daß die Versicherungseinrichtungen unter die Selbstverwaltung der Versicherten gestellt und daß für einheitliche wie ausländische Arbeiter aller Nationen ein und dieselben Bestimmungen getroffen werden."

2. Generalfreist.

In Erwägung, daß die notwendige Voraussetzung für den Erfolg eines Massenstreiks eine starke Organisation und die freiwillige Disziplin der Arbeiterschaft ist, hält der Kongress den absoluten Generalfreist in dem Sinne, daß alle Arbeit niedergelegt wird, für unaußführbar, weil derselbe jede Existenz, also auch die des Proletariats, unmöglich macht. In weiterer Erwägung, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse nicht das Resultat einer derartigen plötzlichen Kraftanstrengung sein kann, daß es aber möglich ist, daß ein Streik, der sich über einzelne, für das Wirtschaftsleben wichtige Betriebszweige oder über eine große Anzahl Betriebe ausdehnt, ein äußerst wirksames Mittel sein kann, um bedeutende gesellschaftliche Veränderungen durchzuführen oder sich reaktionären Anschlägen auf die Rechte der Arbeiter zu widersetzen, warnt der Kongress die Arbeiter davor, sich durch die von anarchistischer Seite betriebene Propaganda für den Generalfreist, in der Absicht, sie davon abzuhalten, den bedeutungsvollen täglichen Kleinstreik durch die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Aktion zu führen, nicht ins Schlepptau nehmen zu lassen und fordert sie auf, ihre Einheit und Nachpfehlung im Klassenkampf durch Entwicklung ihrer Organisation zu stärken, weil, sollte der Streik mit einem politischen Ziele sich einst als nötig plötzlich herausstellen, sein Gelingen davon abhängen wird."

5. Maifeier.

Ausgehend von der Erwägung, daß die Arbeiterdemonstration am 1. Mai den Zweck hat, an einem bestimmten Tage in allen Ländern mit moderner Arbeiterbewegung einheitlich für die Forderungen der Arbeiterschaft, insbesondere für den Arbeiterschutz, den Achtstundentag, die Klassenforderungen der Arbeiterschaft und den Weltfrieden einzutreten und damit die Einheitlichkeit der Bewegung und der Forderungen der Arbeiter aller Länder zum Ausdruck zu bringen,

in fernerer Erwägung, daß die Einheitlichkeit der Demonstration noch nicht gegeben ist, weil in einzelnen Ländern nicht am 1. Mai, sondern am ersten Sonntag im Mai demonstriert wird,

beschließt der Kongress: Im Anschluß an die Beschlüsse der internationalen Kongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1900 fordert der internationale Kongress zu Amsterdam die sozialdemokratischen Parteiorganisationen und die Gewerkschaften aller Länder in der nachdrücklichsten Weise auf, alljährlich am 1. Mai für die gesetzliche Einführung des achtstündigen Arbeitstages, für die Klassenforderungen des Proletariats und für den Weltfrieden zu demonstrieren.

Am wirksamsten kommt die Demonstration am 1. Mai in der Arbeitsruhe zum Ausdruck.

Der Kongress macht es deshalb sämtlichen proletarischen Organisationen aller Länder zur Pflicht, die Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben und überall dort, wo es ohne Schädigung der Arbeiterinteressen möglich ist, die Arbeit ruhen zu lassen."

Zur Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, mit ihren Unternehmerrorganisationen im Gefolge, nahm der Kongress durch folgende Resolution Stellung:

4. Trusts.

Die Trusts in ihrer vollkommenen Entwicklung sind die Besetzung der Konkurrenz zwischen den Herren der Produktion. Sie haben sich entwickelt aus losen Vereinbarungen unabhängiger Kapitalisten zu riesenhaften und fest organisierten, nationalen und sogar internationalen Unternehmerverbänden, welche oft eine ganze Industrie monopolisieren. Sie sind die unermeidliche Konsequenz der Konkurrenz in einer auf Lohnarbeit im Dienste des Kapitalprofites sich stützenden Wirtschaftsordnung.

In diesen Verbänden werden die Großkapitalisten aller Länder und aller Industrien schnell zu einer kompakten Einheit auf der Basis gemeinschaftlicher Interessen zusammengefaßt. So wird der Konflikt zwischen Kapitalisten und Arbeiterklassen immer schärfer. Die Produktion wird reguliert, die Verschwendung der Konkurrenz wird unangenehm und die Leistungsfähigkeit der Arbeit vergrößert. Aber der ganze Vorteil fällt den Kapitalisten zu und die Ausbeutung wird intensiver.

Angeichts dieser Tatsache und den vielfachen Erfahrungen, wodurch sich eine Antitrustgesetzgebung im Rahmen unserer Wirtschaftsordnung als ausfichtslos herausstellt, erneuert der internationale sozialistische Kongress von Amsterdam die Pariser Resolution von 1900 und beauftragt dieselbe mit folgender Erklärung:

1. daß die sozialistischen Parteien aller Länder sich von jeder Beteiligung an Gesetzgebungsversuchen, die das Aufkommen der Unternehmerverbände zu verhindern oder ihr Wachstum einz-

schranken suchen, fernzuhalten haben, weil solche Versuche immer ausichtslos und manchmal reaktionär sind;

2. daß die Bestrebungen der sozialistischen Parteien auf Sozialisierung der Produktionsmittel und deren Anwendung auf allgemeinen Nutzen und nicht auf Profit gerichtet sein müssen. Die Weise, in der diese Sozialisation zustande kommt, sowie die Reihenfolge dieser Sozialisation wird von der Macht, über die wir verfügen, bestimmt;

3. der wachsenden Gefahr, welche ihre ökonomische Organisation durch die Befestigung der Macht der Kapitalisten bedroht, müssen die Arbeiter der ganzen Welt ihre organisierte Macht gegenüberstellen als ihre einzige Waffe gegen die kapitalistische Unterdrückung und als ihr einziges Mittel, um den Kapitalismus zu stürzen und die sozialistische Gesellschaft zu schaffen."

Die politischen Fragen fanden ihre Erledigung durch Annahme der folgenden wichtigen Resolutionen:

5. Frauenstimmrecht.

(Eingebracht von den deutschen Genossinnen.)

"Bei den Kämpfen, welche das Proletariat für die Eroberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes im Staat und Gemeinde führt, müssen die sozialistischen Parteien das Frauenwahlrecht in den gesetzgebenden Körperschaften beantragen, in der Agitation grundsätzlich festhalten und mit allem Nachdruck vertreten."

6. Kolonialpolitik.

In Erwägung, daß die kapitalistische Ausbeutung eines stets wachsenden Kolonialgebiets immer größer und regelloser wird, den natürlichen Reichtum der Kolonien verunstaltet und die eingeborenen Völker der Schwere und oft blutigen Unterdrückung aussetzt, welche Ausbeutung für das Proletariat nur eine Verschlimmerung des Elends bringt, bringt der Kongreß den Beschluß des Pariser Kongresses von 1900 über die Kolonialfrage und die imperialistische Politik in Erinnerung und erklärt, daß es die Pflicht der sozialistischen Parteien in den verschiedenen Ländern und der Parlamentarierfraktionen ist: 1. sich rücksichtslos jedem imperialistischen und protektionistischen Antrag, jedem kolonialen Eroberungszug und jeder militärischen Ausgabe für die Kolonien zu widersetzen; 2. jedes Monopol, jede große Landkonzession zu bekämpfen und scharf darauf zu achten, daß die Reichthümer der Kolonien nicht von der Klasse der großen Kapitalisten beschlagnahmt werden; 3. rücksichtslos all die greuelichen Gewalttaten an die Öffentlichkeit zu bringen, deren Opfer die Eingeborenen sind; für sie die kräftigsten Schutzmaßnahmen wider militärische Barbarei und kapitalistische Ausbeutung zu fordern und besonders darauf zu achten, daß sie nicht mit Gift oder Gewalt ihres Eigentums beraubt werden. Maßregeln, die die Lage der Eingeborenen bessern können, vorzuschlagen und zu unterstützen wie: Gemeinnützige Arbeiten, hygienische Maßregeln, Errichtung von Schulen u. s. w. Sie müssen sich bemühen, den schädlichen Einfluß der Missionare zu brechen; 5. für die Eingeborenen das Maß von Freiheit und Selbständigkeit zu fordern, das ihre Entwicklung vertragen kann, unter dem Gesichtspunkt, daß die vollständige Emanzipation der Kolonien das erstrebte Ziel ist; 6. die Leitung der äußeren Politik unter parlamentarische Kontrolle zu bringen, da diese infolge der natürlichen Entwicklung des parlamentarischen Systems mehr und mehr dem geheimen Einfluß plutokratischer Klüften unterworfen ist."

7. Internationale Regeln der sozialistischen Politik und Taktik.

Der Kongreß weist auf das entscheidende Zurück die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und sieggetrännte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt. Daher ist der Kongreß im Gegensatz zu den vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Überzeugung, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen und erklärt:

1. daß die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände und daß sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten;

2. daß die Sozialdemokratie gemäß der Resolution Kautsky des internationalen Sozialistenkongresses zu Paris im Jahre 1900 einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erheben kann.

Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegensätze zu verschmälern, um eine Aulehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.

Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, nach wie vor zur Aufklärung über das Ziel der Sozialdemokratie verwendet und entsprechend den Grundgedanken unseres Programms dazu benutz, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle auf kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltmachtspolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen als es ihr bisher möglich

gewesen ist und für den Ausbau der Sozialgesetzgebung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken."

8. Einheit der Partei.

Um der Arbeiterklasse ihre volle Kraft in dem Kampfe gegen den Kapitalismus zu verleihen, ist es unerlässlich, daß es in jedem Lande gegenüber den bürgerlichen Parteien nur eine sozialistische Partei gebe, wie es nur ein Proletariat gibt. Darum haben alle Genossen und alle sozialistischen Organisationen die gebieterische Pflicht, sich mit aller Kraft zu bemühen, diese Einheitlichkeit der Partei auf Grund der von den internationalen Kongressen bestimmten Prinzipien herbeizuführen, diese Einheitlichkeit, die notwendig ist im Interesse des Proletariats, dem gegenüber sie für die verhängnisvollen Folgen der Fortdauer von Spaltungen verantwortlich sind.

Um dieses Ziel erreichen zu helfen, werden sowohl das internationale sozialistische Bureau wie alle Parteien der Länder, in denen diese Einheitlichkeit besteht, bereitwilligst ihre guten Dienste zur Verfügung stellen."

9. Sympathieerklärung für die russischen Arbeiter.

In Anbetracht der unsäglichen Schwierigkeiten, denen das Proletariat Rußlands auf dem Wege seiner Befreiung begegnet, und angesichts der unerhörten Opfer, welche dieser Kampf dem Proletariat Rußlands auferlegt, begrüßt der Kongreß das heldenhafte Proletariat Rußlands, welches in brüderlichem Zusammenschluß der Kräfte ohne Unterschied der Nation sich um das ruhmreiche Banner des Sozialismus schart, um gegen den Absolutismus und für die Eroberung politischer Rechte zu kämpfen. Der Kongreß sendet ihnen die Versicherung seiner lebhaften Verbundenheit und Sympathie. Der Kongreß erklärt dem Proletariat Rußlands, daß die Arbeiter der ganzen Welt sich mit ihm einig wissen in seinem Kampfe gegen den Absolutismus und daß, indem das Proletariat Rußlands für seine eigene Befreiung kämpft, es zugleich für die Befreiung des Weltproletariats streitet."

Die Streiks im Jahre 1903.

Das Jahr 1903 war für die gewerkschaftlichen Organisationen ein Kampfsjahr wie keines je davor. Es waren 1200 Streiks und 82 Ausperrungen (davon 4 Maiausperrungen) zusammen 1282 Kämpfe mit dem Unternehmertum zu verzeichnen. Die höchste in einem der früheren Jahre erreichte Zahl der Kämpfe war im Jahre 1898 mit 986. An den Streiks waren 75830, an den Ausperrungen 45763, insgesamt 121593 Personen beteiligt. Nur im Jahre 1896 war die Zahl der Beteiligten größer als im verflohenen Jahre. Sie erreichte damals 128808, doch muß das Jahr 1896 als ein Ausnahmejahr angesehen werden, weil in diesem mehrere besonders umfangreiche Kämpfe geführt wurden. An dem Streik der Konfektionsarbeiter waren allein 30000, an den Streiks der Hafnarbeiter 23280 und an denen der Holzarbeiter 25461 Personen beteiligt, eine Ziffer, die in diesen Gewerben nicht wieder erreicht worden ist.

Die Zahl der wirtschaftlichen Kämpfe hat sich entsprechend dem Wachstum der gewerkschaftlichen Bewegung gesteigert. Daraus werden zweifellos die Unternehmer und ihre bezahlten Agitatoren den Schluß ziehen, daß durch gesetzgeberische Zwangsmaßnahmen dem Wirken der Gewerkschaften Einhalt geboten werden müsse. Jedoch irren die Herren, wenn sie vermehren, die beträchtliche Zunahme der wirtschaftlichen Kämpfe zur Verdächtigung der Gewerkschaften ausbeuten zu können. Bei näherer Betrachtung der Sache ergibt sich nämlich, daß, wenn schon Verweise in gedachtem Sinne geschaffen werden sollen, diese sich gegen die Unternehmer, nicht aber gegen die Arbeiterschaft zu richten hätten. Auch in verflohenen Jahre wurden mehr als die Hälfte, nämlich 679 = 53 Prozent aller Kämpfe zur Abwehr gegen Maßregeln und Drangsalierungen seitens des Unternehmertums von der Arbeiterschaft geführt. Im Jahre 1902 waren 66,4 und 1901 60,0 Prozent, im Durchschnitt der Jahre 1890 bis 1903 50,3 Prozent aller Kämpfe Abwehrkämpfe. Des weiteren übte sich das Unternehmertum in den letzten Jahren besonders in der Ausperrungstaktik. Im Jahre 1900 wurden 46 Ausperrungen mit 14630 Beteiligten, in den folgenden 3 Jahren 36 mit 3460, 58 mit 6791 und 82 mit 46763 Beteiligten von dem Unternehmertum durchgeführt. In den letzten vier Jahren waren also nicht weniger als 219 Ausperrungen mit 75644 Beteiligten, von denen 51961 einen Verlust an Arbeitszeit von 1937108 Tagen und einen Verlust an Arbeitsverdienst von 4833760 Mk. hatten, zu verzeichnen. Für die Jahre vor 1900 lassen sich so detaillierte Angaben nicht machen, weil bis zu diesem Jahre die Statistik nur summarisch geführt und die Einzelheiten nicht angegeben wurden. Auch in den letzten Jahren ist die Angabe über den Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst noch nicht vollständig. Die vorliegenden Zahlen sind aber völlig ausreichend, um zu erweisen, daß den Unternehmern der größere Teil der Schuld bei den Schäden, die unmittelbar durch die wirtschaftlichen Kämpfe der Volkswirtschaft zugefügt werden, beizumessen ist. Wenn dem aber nicht so wäre, wenn in allen diesen Kämpfen die Arbeiterschaft der angreifende Teil gewesen wäre, so läge noch lange kein Grund vor, über die unmittelbar hervorretenden Nachteile zu klagen oder gar durch Gesetzesmaßnahmen die Arbeiterschaft zwingen zu wollen, von ihrem Bestreben zu lassen, dem der Vorteil, der aus diesen Kämpfen für die Gesamtwohlthat des Volkes sich ergibt, ist größer als der Nachteil, der durch Abwesenheit der Betriebsstätigkeit in einzelnen Gewerben entsteht. Für verminntig denkende Menschen gilt nach wie vor das, was der Kommissar des Arbeitsamtes des Staates New York in seinem Jahresbericht 1888 sagte: "Streiks haben geholfen, die Löhne zu erhöhen, die Arbeitszeit zu verkürzen, die Lage nicht einzelner Arbeiter, sondern der Menschen überhaupt zu bessern." Wir sehen in den Streiks durchaus keinen Nachteil, sondern betrachten

sie als einen bedeutsamen Faktor für den Fortschritt der Menschheit. Die Gewerkschaften suchen trotzdem aber keine Streiks herbeizuführen, sondern sie nach Kräften zu vermeiden, sofern sie ihren Zweck in irgend einer anderen Weise erreichen können. Und sie erreichen ihren Zweck wohl noch mehr durch die Lohnbewegungen, die nicht zu einer Arbeitsverminderung führen, als durch die Streiks. Bis jetzt ist ein Ausweis über diese Tätigkeit der Gewerkschaften noch nicht möglich gewesen, doch wird er vom Jahre 1904 ab erfolgen.

Die Konferenz der Vorstandsvertreter der Zentralverbände, die im Oktober 1903 tagte, beschloß, eine Statistik über die Lohnbewegungen zu führen. Dieser Beschluß ist durchgeführt und wird zum ersten Male für das Jahr 1904 eine Übersicht über die Lohnbewegungen gegeben werden, die nicht zu Streiks führten. Vielleicht läßt sich dann die Streikstatistik auch dahin erweitern, daß nicht nur angegeben wird, wie viele der Streiks von Erfolg waren und wie viele der Beteiligten auf die erfolgreichen Streiks entfielen, sondern auch, was tatsächlich in bezug auf Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung erreicht worden ist. Voraussetzung hierfür wird aber sein müssen, daß die Statistik der Gewerkschaften in anderen Teilen vereinfacht wird. Dies wird geschehen können. Die heutige überaus umfangreiche Aufnahme hat ihre Ursache darin, daß die amtliche Streikstatistik sich auf Dinge erstreckte, die mit der Sache nichts zu tun hatten, deren Darstellung aber als Material gegen die Gewerkschaften dienen sollte. Wir haben für die Jahre 1901 und 1902 eingehend nachgewiesen, daß die amtliche Statistik unzuverlässig ist. Der Vergleich für 1903 wird den Nachweis vervollständigen. Vermag man durch den amtlichen Apparat aber nicht einmal die jämlichen Streiks festzustellen, dann ist noch viel weniger möglich, die Angaben über Kontraktbruch und dergleichen als zuverlässig hinzustellen. Es dürfte deshalb für die Zukunft genügen, die Unzuverlässigkeit der amtlichen Statistik an dem Fehlen einer größeren Zahl Streiks, die zweifellos stattgefunden haben, Jahr für Jahr zu erweisen und den Gewerkschaften die Mühe sparen, nach Kontraktbrüchen und sonstigen Verordnungen, auf welche in der amtlichen Statistik besonderer Wert gelegt wird, zu forschen. Eine Statistik, deren Unzuverlässigkeit im allgemeinen erwiesen, kann vernünftigerweise auch in einzelnen Teilen nicht als zuverlässig gelten und wird es schwer fallen, diese Teile gegen die Arbeiterschaft zu verwenden.

Eine Erweiterung der gewerkschaftlichen Streikstatistik in erwähntem Sinne wird aber noch deutlicher erweisen als dies bisher geschah, in wie eminenten Weise die Gewerkschaften Kulturfördernd wirken, denn jede Verkürzung der Arbeitszeit, jede Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft dient mehr der kulturellen Fortentwicklung der Menschheit als Paraden und militärische Manöverschauspiele oder was sonst als Kulturfördernd von denen betrachtet wird, die unseren Gegenwartsstaat als einen Kulturstaat ansehen.

Die gesamten 1903 geführten 1282 wirtschaftlichen Kämpfe mit 121593 Beteiligten, darunter 12710 Arbeiterinnen, sich befanden, verursachten den Gewerkschaften eine Ausgabe von 5080984 Mk. In den bisherigen Statistiken war die Gesamtdauer der Streiks Wochen angegeben, doch gibt diese Darstellung kein vollständiges Bild von dem Zeitraum, welchen die Kämpfe beanspruchten. Zuverlässiger ist die Zeitbestimmung nach der Zahl der verlorenen Arbeitstage, weil nur ein Teil der Streikenden oder Ausgesperrten bis zur Beendigung des Konfliktes ohne Beschäftigung bleibt, ein großer Teil aber vor Abschluß anderweitig Beschäftigung gefunden hat. Diese Angaben über den Verlust an Arbeitstagen sind aber bisher noch nicht für alle Streiks gemacht worden. Ferner 1903 ist der Verlust an Arbeitstagen für 88964 von 121593 an den Kämpfen Beteiligten festgestellt. Nach der Art der Aufnahme der gewerkschaftlichen Statistik läßt sich der Verlust an Arbeitstagen und an Arbeitsverdienst für jeden einzelnen Streikenden feststellen und werden die Gewerkschaften bemüht sein, in Zukunft diese Feststellung für alle Streiks zu machen, weil in der Statistik an Stelle der Angabe der Dauer der Streiks in Wochen, der tatsächliche Verlust an Arbeitstagen verzeichnet werden soll.

Die 88964 Streikenden respektive Ausgesperrten hatten einen Verlust an Arbeitstagen von 2622232 und an Arbeitsverdienst von 7675937 Mk. Für 1259 Streiks und Ausperrungen war das Resultat am Schluß des Jahres bekannt. Von diesen waren 623 = 49,4 Prozent erfolgreich, 239 = 19,0 Prozent teilweise erfolgreich und 389 = 28,5 Prozent erfolglos. Im Jahre 1902 waren von den 802 Streiks und Ausperrungen, deren Ausgang bekannt war, 48,6 Prozent erfolgreich, 19,5 Prozent teilweise erfolgreich und 36,9 Prozent erfolglos. Der Ausgang der Kämpfe war mithin im Jahre 1903 günstiger als im Vorjahr und auch günstiger im Durchschnitt der Jahre 1893 bis 1902. In diesem Zeitraum waren 47,2 Prozent der Streiks erfolgreich. 21 Streiks waren am 1. Januar 1904 nicht beendet.

Auf die einzelnen Industriezweige und Gewerbe verteilten sich die Streiks und Ausperrungen folgendermaßen:

Baugewerbe:	Streiks	Beteiligte	Ausgabe Mk.	Erfolgreich Zahl	Proz.
Bauarbeiter	9	3705	95121	1	11,1
Dachdecker	10	298	9399	6	60,0
Glaser	9	140	2667	5	55,5
Maler	16	2012	48500	3	18,7
Maurer	268	19238	680568	140	52,2
Steinarbeiter	16	712	18395	8	50,0
Steinseher	18	281	8002	11	61,1
Stuckateure	7	1885	37278	5	71,4
Töpfer	14	1786	203991	7	50,0
Zimmerer	92	3615	142132	64	69,6
Nicht beendet	3	49	6678	—	—
Ausperrungen	42	10882	217553	24	57,1
Zusammen	504	43608	1475274	274	54,4

Die Sache schloß aber ein, und auf spätere Anfragen, Anregungen und Vorschläge des schweizerischen Bundesrats gab die französische Regierung nicht einmal mehr eine Antwort.

Die Verhandlungen mit Italien waren für die Schweiz nicht viel angenehmer; es wollte offensichtlich viele Rechte haben, aber keine Pflichten übernehmen. So lehnte es von vornherein jede Subvention an den Simplontunnel ab, und es erteilte nur die Konzession zum Bau des Tunnels, wobei aber die Bedingung gestellt wurde, daß der Tunnel auf italienischem Gebiet, das heißt auf der italienischen Seite des auf der schweizerisch-italienischen Grenze liegenden Simplon, münden müsse. Aber nicht bloß das, er sollte auch zu einem großen Teile auf italienischem Gebiet liegen. Die Schweiz hatte erst ein Tunnelprojekt aufgestellt, das eine Tunnellänge von 16070 Meter vorsah, wovon jedoch nur 240 Meter auf italienisches Gebiet entfallen sollten. Dieses Projekt lehnte Italien ab, und es wurde später das nun in Ausführung begriffene Projekt mit 19730 Meter Länge, wovon 9100 auf schweizerisches, 10630 Meter auf italienisches Gebiet entfallen, aufgestellt.

Die Kosten dieses definitiven Projektes inklusive Zufahrtslinien auf beiden Seiten wurden auf 70 Millionen Franken veranschlagt, und daran sollten die Schweiz 20, Italien 15 Millionen Franken Subventionen leisten. Geleitet wurden von der Schweiz 16260000 Franken, und zwar 4 1/2 Millionen vom Bunde und 11760000 Franken von den welschen Kantonen, von Gemeinden zc. Der italienische Staat dagegen übernahm gar nichts, hingegen übernahmen die zunächst interessierten Landesteile und Gemeinden (Mailand und

Der Simplontunnel.

Seit fast sechs Jahren wird an dem Simplontunnel gearbeitet, der, wenn er fertig, das größte Bauwerk dieser Art in Europa und auf der ganzen Erde ist. Wie der Gotthardtunnel — die Gotthardbahn wurde im Jahre 1882 eröffnet — zur Verbindung des Nordens mit dem Süden diente, so wird der Simplontunnel beziehungsweise die Simplonbahn zu dem gleichen Zwecke gebaut, und erhält durch ihn der internationale Verkehr eine neue, wichtige Verbindung. Der Verkehr fand freilich auch schon früher statt und zwar über die Berge, war also in jeder Beziehung schwierig und beschwerlich, zeitraubend und mühsam. Im Jahre 1844 wurde der Simplon 3565 Meter hoch, über den letzteren ließ Napoleon I in der Zeit von 1800 bis 1806 mit einem Kostenaufwand von 18 Millionen Franken eine 66 1/2 Kilometer lange und 8 Meter breite Straße bauen. Dabei waren 30000 Mann beschäftigt, die 613 Brücken, 8 Gallerien und 20 Unterwälder zu erstellen hatten. Der Ausgangspunkt der Straße auf der schweizerischen Seite ist das Dorf Brig (Kanton Valais). Der Endpunkt auf der italienischen Seite die Gemeinde Donno d'Issola.

Mit dem Aufkommen der Eisenbahnen und mit den Fortschritten in der Technik des Eisenbahnbauwes tauchten auch bald Anregungen zur Durchbohrung der Alpen auf. Schon im Jahre 1854 erwarb eine französische Gesellschaft die Konzession zur Fortsetzung der Linie von Sitten (dem Hauptort des Kantons Valais) bis an die sardinische Grenze bei St. Ginepro. Die Gesellschaft fallierte jedoch, ehe sie an

die Ausführung ihres Projektes gehen konnte. Im Jahre 1866 erhielt eine italienische Gesellschaft die Konzession. Sie erbaute eine kurze Teilstrecke, wurde insolvent und das große Projekt blieb wieder liegen. Im Jahre 1874 erhielt dann die Simplonbahngesellschaft die Konzession, die zuerst eingehende fachmännische Studien machen ließ und sich sodann für das Tunnelprojekt entschied, das heute ausgeführt wird.

Viele Schwierigkeiten verursachten die Unterhandlungen der Schweiz mit Frankreich und Italien, die beide stark an dem neuen Alpendurchschnitt interessiert sind. Im französischen Parlament wurde darüber das erstemal kurz vor Ausbruch des Krieges mit Deutschland, am 21. Juni 1870, verhandelt. Die Regierung hatte die Gewährung einer Subvention von 40 Millionen Franken an den Simplondurchschnitt beantragt, der Antrag gelangte jedoch nicht mehr zur Erledigung. Nach dem Kriege, im Jahre 1873, wurde die Angelegenheit wieder zur Sprache gebracht, und die Regierung erhöhte ihre Forderung auf 48 Millionen Franken. Der Antrag wurde den verschiedenen Ministerien zur Prüfung überwiesen, indes später niemals erledigt, trotzdem Generalräte, Handelskammern, parlamentarische wie außerparlamentarische Kommissionen Berichte an die Regierung richteten, in denen auf die große Bedeutung hingewiesen wurde, die die Eröffnung eines großen Verkehrsweges durch den Simplon für die französischen Interessen habe. Im Jahre 1880 war in der Kammer noch einmal die Rede davon, 50 Millionen Franken an eine Durchbohrung des Simplon zu bewilligen; es wurde darauf jedoch nicht eingegangen, weil man erst gründliche Studien über einen eventuellen Montblanc-Durchschnitt machen wollte.

Metallindustrie und Schiffbau:	Streiks	Beteiligte	Ausgabe	Erfolgreiche Streiks	Streiks	Beteiligte
Gravüre	4	181	8951	1	25,0	
Rupferhämmer	2	63	5740	—	—	
Maschinen	—	34	4505	—	—	
Metallarbeiter	167	14681	1051385	86	51,5	
Schiffbau	1	42	8740	1	100,0	
Schmiede	7	318	6639	3	42,8	
Werkstätten	—	—	—	—	—	
Nicht beendet	5	142	4187	—	—	
Ausperrungen	13	17493	474038	4	30,8	
Zusammen	199	22799	1554855	95	47,7	

Graphische Gewerbe u. Papierindustrie:	Streiks	Beteiligte	Ausgabe	Erfolgreiche Streiks	Streiks	Beteiligte
Buchbinder	18	895	23911	8	23,1	
Buchdrucker	29	442	—	7	24,1	
Formstecher	1	30	2280	—	—	
Lithographen	9	111	7869	3	33,3	
Ausperrungen	—	—	—	—	—	
Zusammen	52	978	33410	13	25,0	

Holzindustrie:	Streiks	Beteiligte	Ausgabe	Erfolgreiche Streiks	Streiks	Beteiligte
Bildhauer	18	191	15035	9	50,0	
Böttcher	11	215	14806	2	18,1	
Holzarbeiter	194	5866	311501	114	58,7	
Lapenier	6	599	21513	4	66,6	
Bergolber	6	144	5052	2	33,3	
Nicht beendet	4	110	2848	—	—	
Ausperrungen	8	462	18066	2	25,0	
Zusammen	247	7587	396351	133	53,8	

Nahrungs- und Genussmittelindustrie:	Streiks	Beteiligte	Ausgabe	Erfolgreiche Streiks	Streiks	Beteiligte
Bäcker	5	177	2748	3	60,0	
Brauere	18	407	11883	10	55,5	
Fleischer	5	152	667	1	20,0	
Konditoren	2	182	1822	1	50,0	
Müller	4	41	1621	2	50,0	
Tabarbeiter	14	340	19325	3	21,4	
Zigarrensortierer	3	13	1419	—	—	
Nicht beendet	2	21	1439	—	—	
Ausperrungen	—	—	—	—	—	
Zusammen	52	1338	40474	20	37,7	

Bekleidungsindustrie:	Streiks	Beteiligte	Ausgabe	Erfolgreiche Streiks	Streiks	Beteiligte
Handschuhmacher	1	14	1653	—	—	
Hutmacher	9	145	1652	4	44,4	
Rüchener	5	123	1814	4	80,0	
Schneider	9	767	44969	6	66,6	
Schuhmacher	40	2839	62672	16	40,0	
Nicht beendet	1	61	—	—	—	
Ausperrungen	6	7911	114128	1	16,6	
Zusammen	71	11880	226888	31	43,6	

Die weiteren Streiks entfallen auf folgende Gewerbe:	Streiks	Beteiligte	Ausgabe	Erfolgreiche Streiks	Streiks	Beteiligte
Barbiere	3	15	—	—	—	
Bergarbeiter	5	533	1938	2	40,0	
Büchsenmacher	—	—	—	—	—	
Fabrikarbeiter	30	2419	166240	13	43,3	
Gärtner	4	364	1045	1	25,0	
Gastwirtsgehilfen	1	10	—	—	—	
Glasarbeiter	4	94	10608	2	50,0	
Gefäßarbeiter	8	1992	49705	1	12,5	
Handels-, Transport u. Verkehrsarbeiter	33	2607	46086	14	42,4	
Handlungsgehilfen	4	242	7348	—	—	
Leberarbeiter	6	163	5603	5	83,3	
Masseure	1	5	—	—	—	
Porzellanarbeiter	2	64	9018	1	50,0	
Sattler	10	215	5435	8	80,0	
Textilarbeiter	31	5529	85905	9	29,0	
Nicht beendet	6	446	48355	—	—	
Ausperrungen	9	8389	963141	1	11,1	
Zusammen	152	22787	1350377	57	37,5	

Es sind in der Statistik die Streiks, an denen mehrere Organisationen beteiligt waren, nur einmal gezählt. Durch eine andere Methode der Bearbeitung der Statistik sind nunmehr die Doppelzählungen von Streiks, über die verschiedene Organisationen berichten, vollständig beseitigt worden. In der vorstehenden Tabelle besagt die Anmerkung (*), daß Streiks, an denen die genannte Berufsorganisation beteiligt war, bei anderen Organisationen gezählt sind, die eine größere Zahl von Beteiligten hatten, oder daß Streiks, die am 1. Januar 1904 nicht beendet waren oder Ausperrungen bei der betreffenden Organisation vorhanden waren. Die Anmerkungen für jede einzelne Organisation zu machen, erscheint unbedeutend, weil die nähere Darstellung das Gesamtbild nicht überflüssiger machen würde.

Im Jahre 1902 entfielen auf: Bauwerke 374 Streiks mit 29692 Beteiligten; Metallindustrie 137 Streiks mit 10023 Beteiligten; Graphische Gewerbe 23 Streiks mit 422 Beteiligten; Holzindustrie 173 Streiks mit 3712 Beteiligten; Bekleidungsindustrie 63 Streiks mit 2399 Beteiligten; Nahrungs- und Genussmittelindustrie 43 Streiks mit 733 Beteiligten; sonstige Berufe 85 Streiks mit 5304 Beteiligten. Die Verteilung der Kämpfe auf die einzelnen Gruppen

(Genau) eine Beitragsleistung von 4 Millionen Franken. Die italienische Regierung verpflichtete sich nur, was hoch selbstverständlich, für die Anschlusslinien auf ihrem Gebiet zu sorgen, ferner eine Jahressubvention von 66 000 Franken an die Simplonbahngesellschaft zu leisten. Die Schweiz übernahm dann aber noch die Garantie für eine Anleihe der Jura-Simplonbahngesellschaft von 60 Millionen Franken und die Verzinsung zu 3 1/2 Prozent zur Ausführung des Simplontunnels.

Die Ausführung der Bauarbeiten wurde einem unter dem Namen Simplonunternehmung gebildeten Konsortium übertragen, das aus den Firmen Brandt, Brandau (zwei Schweizerische Ingenieure) und Cie., Bauunternehmung in Hamburg, Locher & Cie. in Zürich, Gebrüder Sulzer, Maschinenfabrik in Winterthur, und Bank in Winterthur gebildet wurde. Das Konsortium übernahm den Tunnelbau für die Summe von 69 1/2 Millionen Franken und wurde der bezügliche Vertrag am 13. April 1898 abgeschlossen und mit dem 13. August 1898 in Kraft erklärt. Ein Vierteljahr später, also am 13. November 1898, hatten die Arbeiten zu beginnen, und zwar auf beiden Seiten des Simplon, und sie wurden auch an diesem Tage aufgenommen. Die Bauzeit war auf 5 1/2 Jahre festgesetzt. Die Tunnelanlage sollte am 13. Mai 1904 fertig erstellt sein. Für jeden Tag, um den die Tunnelanlage früher fertig wird, war der Unternehmung eine tägliche Prämie von 5000 Fr. zugesichert, andererseits sollte sie für jeden Tag, den sie länger zur Erstellung des Bauwerkes braucht, eine Konventionalstrafe in gleicher Höhe leisten. Interessanterweise sah der Vertrag neben kriegerischen

ist 1903 verhältnismäßig die gleiche geblieben wie im Vorjahr. Nur in der Bekleidungsindustrie ist eine bedeutende Zunahme der Beteiligten vorhanden, die ihre Ursache in der Ausperrung der Schuhmacher in Pirmasens mit 7589 Beteiligten hat.

Den größten Prozentsatz erfolgreicher Streiks finden wir in der Gruppe Bauwerke mit 54,4, dann folgt die Holzindustrie mit 53,8 und die Metallindustrie mit 47,7 Prozent.

Angriffstreiks wurden im Jahre 1903 603 = 47,0 Prozent aller Streiks geführt. Beteiligt waren 53788 Personen, darunter 2641 weibliche. Die Kosten für diese Streiks betragen 2 539 698 Mk. Für 42 656 an den Streiks Beteiligten ist der Verlust an Arbeitszeit mit 865 870 Tagen festgestellt, von denen auf die weiblichen Beteiligten 60 430 Tage entfallen. Diese Streikenden hatten einen Verlust an Arbeitsverdienst von 3 778 041 Mk. Von den Streiks waren 281 = 46,6 Prozent erfolgreich, 154 = 25,5 Prozent teilweise erfolgreich und 148 = 24,5 Prozent erfolglos. 6 Streiks waren am 1. Januar 1904 noch nicht beendet.

Von 1890 bis 1903 waren insgesamt 3720 = 49,7 Prozent aller Streiks Angriffstreiks. Beteiligt waren hieran 507 847 Personen. Die Ausgabe betrug 14 539 700 Mk. Erfolgreich waren 1736 = 46,6 Prozent, teilweise erfolgreich waren 1037 = 28,0 Prozent und erfolglos waren 725 = 19,5 Prozent. Der Ausgang der Streiks war im Jahre 1903 annähernd der gleiche wie im Durchschnitt der Jahre 1890 bis 1903.

Abwehrstreiks und Ausperrungen brachten das Jahr 1903 679 = 53 Prozent aller Streiks. Beteiligt waren hieran 67 880 Personen, darunter 9869 weibliche. Für 46 308 dieser Beteiligten ist der Verlust an Arbeitszeit mit 1 756 422 Tagen und der Verlust an Arbeitsverdienst mit 3 897 896 Mk. festgesetzt. Auf die weiblichen Beteiligten entfallen 618 673 Arbeitstage. Die Kosten der Abwehrstreiks und Ausperrungen betragen 2 541 286 Mk. und sind somit annähernd gleich hoch wie die für die Angriffstreiks. Von den Streiks und Ausperrungen waren 942 = 50,4 Prozent erfolgreich, 85 = 12,5 Prozent teilweise erfolgreich und 211 = 31,1 Prozent erfolglos. 15 Streiks und 30 Ausperrungen waren am 1. Januar 1904 noch nicht beendet, doch sind in der Statistik 26 Ausperrungen als abgeschlossen geführt, weil sie in den ersten Tagen des Jahres 1904 endeten.

Der Prozentsatz der erfolgreichen Abwehrstreiks war im Jahre 1903 höher als der der erfolgreichen Angriffstreiks, ein Beweis dafür, wie wenig berechtigt das Vorgehen der Unternehmer gegen die Arbeiter war. In den Jahren 1890 bis 1903 wurden 3765 Abwehrstreiks und Ausperrungen = 50,3 Prozent aller Kämpfe, den Gewerkschaften aufgezogen. Beteiligt waren 238 725 Personen, die Kosten beliefen sich auf 8 960 523 Mk. Erfolgreich waren 1585 = 42,2 Prozent, teilweise erfolgreich 575 = 15,3 Prozent und erfolglos 1277 = 34 Prozent der Abwehrstreiks und Ausperrungen. 1903 war der Prozentsatz der erfolgreichen Abwehrkämpfe weit höher als im Durchschnitt von 1890 bis 1903.

Die Ausperrungen besonders darzustellen dürfte zweckmäßig sein, weil das Unternehmertum in ständig wachsendem Maße zu diesem Mittel greift, um damit die Gewerkschaften niederzuwerfen. Bisher hat dieses Mittel verjagt und es wird, dessen sind wir gewiss, auch ferner unwirksam sein. Die Wunden, welche das Unternehmertum aus diesen Kämpfen davonträgt, sind viel tiefer und bedürfen viel längerer Zeit zur Heilung als die Wunden, welche der Arbeiterorganisation mit dieser vermeintlich wirksamen Waffe beigebracht werden. Wir können dem schließlichen Ausgang dieses Kampfes ruhig entgegensehen. Mag auch die Arbeiterchaft in den einzelnen Phasen dieses Ringens den kürzeren ziehen, das Ende wird zweifellos nicht ein Obliegen des Unternehmertums bringen. Die Unternehmer werden durch die Ausperrungstaktik nichts anderes erweisen als ihre Gemein schädlichkeit und damit erfreulicherweise die Aufklärungsarbeit über die Überflüssigkeit dieser Leute im Produktionsprozess fördern. Mögen auch die Opfer schwer sein, die die Arbeiterchaft in diesem Kampfe zu bringen hat, so sind sie doch nicht umsonst gebracht. Sie tragen vielmehr wesentlich dazu bei, daß das Ziel der Arbeiterkassen, die Beseitigung der privatkapitalistischen Ausbeutung der Arbeitskraft, sicher und schneller erreicht wird. Auf die Dauer kann eine Gesellschaftsorganisation dieses Spiel mit der Arbeitskraft und der Wohlfahrt hunderttausender Arbeitstätiger nicht ertragen, und zur Besserung gibt es nur ein Mittel, die Umgestaltung der Produktionsweise. Wir haben also keinerlei Ursache, über die Taktik des Unternehmertums zu klagen, denn diese wird schließlich der Arbeiterchaft zum besten dienen.

Was aber aus der Statistik an Beweismaterial für dieses gemein schädliche Treiben der Unternehmerorganisation geboten wird, darf nicht unbenutzt vergraben bleiben und deswegen erscheint es geboten, die Ausperrungen in der Statistik besonders zu behandeln. Dies kann aber nur vom Jahre 1900 ab geschehen, weil bis dahin die Ausperrungen in der Statistik nicht angegeben, sondern als Abwehrstreiks gezählt sind. Wie schon eingangs bemerkt, wurden über die Arbeiter im Jahre 1903 82 Ausperrungen, wovon 4 Mal ausperrungen, verhängt. Betroffen wurden davon 45 703 Personen, der Verlust an Arbeitszeit betrug für 32 036 Ausperrerte 1 512 771 Tage. Ausgesperrt wurden auch 7826 Arbeiterinnen, auf die 580 040 Tage Arbeitszeitverlust entfielen. Die Kosten der Ausperrungen beliefen sich auf 1 798 801 Mk., worin die Ausgabe für Ausperrungen der Maurer nicht enthalten ist. Diese Ausgabe ist in der für Abwehrstreiks mitgerechnet. Von den Ausperrungen endeten 32 = 39 Prozent erfolgreich für die Arbeiter, 13 = 15,8 Prozent teilweise erfolgreich und 24 = 29,3 Prozent erfolglos. In den letzten vier Jahren wurden die Arbeiter in 219 Fällen, davon 20 Fällen wegen Feiern des 1. Mai, ausgesperrt. Über die Maltausperrungen wird von den Gewerkschaften nur ganz ausnahmsweise für die Statistik berichtet, weil die Sache in den meisten Fällen ohne Inanspruchnahme der Zentralverwaltung ihre Erledigung findet. Die in der Statistik angeführte Zahl der Maltausperrungen erreichte nicht annähernd die Zahl der tatsächlich am 1. Mai erfolgten Ausperrungen.

Eine besondere Lehre gibt die Streikstatistik der Arbeiterchaft bei dem Vergleich des Erfolges, der für die einzelnen Gruppen der Streiks erzielt worden ist. Ein Studium der folgenden Tabellen

Verwicklungen, in die die Schweiz oder Italien hineingezogen werden könnten, auch noch den Generalstreik als „höhere Gewalt“ vor, der sich dann auch mit der gewünschten Promptheit einstellte und der Unternehmung, die durch andere Umstände in der Förderung der Arbeiten zurückgeblieben war, die bequeme Handhabe zur Ausschaltung der Konventionalstrafe bot.

Wie bereits bemerkt, ist der Simplontunnel mit seinen rund 20 Kilometern der längste Tunnel der Welt. Die früheste Durchbohrung eines Berges von bedeutenden Dimensionen war die des Nerte bei Marseille mit einer Länge von 2800 Metern; dann folgten der Vergallotunnel mit 7972, der Noncotunnel mit 8298, der Arlbergtunnel mit 10 270, der Monte Genistunnel mit 12 240 und der Gotthardtunnel mit 14 920 Metern Länge. Der Simplontunnel übertrifft also den bisher längsten Gotthardtunnel um rund 5 Kilometer.

Der Simplontunnel läuft von Nordwest nach Südost in einer horizontalen Länge von 19 729 Metern, also nahezu 20 Kilometer; er beginnt bei Brig und endet bei Ivrea (Italien), einem Dörfchen, das 15 Kilometer von dem erwähnten Domo d'Offola entfernt ist. Der Anfang liegt in nur 686 Meter Meereshöhe; mit einer Steigung von zwei Metern per Kilometer steigt der Tunnel bis zur Höhe von 704 Meter an, geht dann auf einer Strecke von 500 Metern horizontal und sinkt dann mit sieben Metern per Kilometer nach dem südlichen Ausgang hinab, der in 634 Meter Meereshöhe gelegen ist. Zwischen den beiden Ausgangspunkten besteht also ein Höhenunterschied von 52 Metern.

dürfte zur Wahrung an die Arbeiterschaft führen, bei bestimmten Differenzen mit der Arbeitseinstellung zurückhaltend zu sein.

Jahr	Angriffstreiks	Abwehrstreiks	Voller Erfolg				Teilweiser Erfolg			
			Streiks	Beteiligte	Streiks	Beteiligte	Streiks	Beteiligte	Streiks	Beteiligte
1900	514	86 786	237	46,1	127 956	81,5	161 31,8	330 88	38,1	
1901	291	22 761	109	37,4	64 87	28,5	92 31,6	724 31,8	31,8	
1902	289	32 659	117	42,4	80 14	24,5	71 25,7	175 56	58,7	
1903	603	53 783	281	46,6	170 42	50,3	154 25,5	223 79	41,6	
Zusammen	1697	195 961	744	43,8	588 89	30,1	487 28,2	302 64	40,9	
1900	292	14 295	122	41,7	4 670	32,7	43 14,7	1 850	9,6	
1901	401	17 301	149	37,1	4 886	28,2	70 17,5	4 818	26,6	
1902	516	16 263	225	43,6	6 412	39,4	76 14,7	3 895	23,6	
1903	597	22 087	310	51,8	9 929	45,7	73 12,2	2 485	11,3	
Zusammen	1806	69 926	306	44,6	25 897	37,0	262 14,5	12 999	17,5	
1900	16	4 118	11	68,7	1 291	31,1	2 12,5	25	0,8	
1901	5	188	3	60,0	72	38,2	1 20,0	44	23,4	
1902	1	6	1	100,0	6	100,0	—	—	—	
1903	35	1 241	7	53,8	55	4,4	2 15,4	85	6,8	
Zusammen	35	5 553	22	63,1	1 424	25,6	5 14,3	154	2,7	
1900	204	31 081	95	46,6	135 68	43,7	64 31,4	10 784	34,7	
1901	127	11 323	55	43,3	4 127	36,4	34 26,7	3 705	32,7	
1902	185	17 899	87	48,9	6 023	33,6	41 23,0	6 700	37,4	
1903	323	27 918	163	50,4	7 847	26,3	85 26,8	14 264	51,1	
Zusammen	839	88 221	400	47,7	31 065	35,2	224 26,7	35 453	40,2	
1900	240	40 250	104	43,3	11 169	22,7	88 36,6	21 827	44,3	
1901	108	6 816	37	34,3	1 815	26,7	51 47,2	3 254	51,5	
1902	60	18 587	17	28,3	1 476	10,8	26 43,4	10 492	77,2	
1903	209	22 584	85	40,9	8 596	38,0	57 27,2	7 587	33,6	
Zusammen	617	91 737	243	39,3	28 056	25,1	222 35,9	43 170	47,0	
1900	15	891	3	20,0	222	24,9	2 13,3	95	10,6	
1901	15	1 230	1	6,7	18	1,4	2 13,3	865	69,6	
1902	4	135	2	50,0	47	18,9	—	—	—	
1903	8	433	—	—	—	—	—	—	—	
Zusammen	42	2 689	6	11,9	267	10,7	4	9,5	955	
1900	78	6 048	29	37,2	10 79	17,8	11 14,1	378	6,2	
1901	60	2 313	20	33,8	827	29,4	10 16,7	7 92	28,1	
1902	79	2 283	35	46,0	1 489	53,7	6 8,0	3 22	11,4	
1903	124	3 060	56	45,1	1 396	45,6	10 8,0	2 95	9,6	
Zusammen										

	Erfolg in Streiks	Prozent für Beteiligte
Abwehrstreiks	44,6	87,0
Austritt aus der Organisation	11,9	10,7
Maßregelung	21,0	84,0
Rohrverbugierung	46,8	48,8
Verlängerung der Arbeitszeit	46,6	56,6
Nichteinhaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen	47,8	28,9

Den geringsten Erfolg hatten somit die Streiks wegen Austritt aus der Organisation und wegen Maßregelung. Dies dürfte die Arbeiterschaft veranlassen, in solchen Fällen stets sehr eingehend zu prüfen, ob die Arbeitsverhältnisse zweckmäßig ist oder ob nicht der Gewaltakt der Unternehmer in anderer Weise unwirksam gemacht werden kann.

Über die persönlichen Verhältnisse der an den Streiks und Ausperrungen Beteiligten ist zu bemerken, daß von diesen 42802 männliche und 8497 weibliche verheiratet waren, die 97427 Kinder zu ernähren hatten. Es sind also, trotz amtlicher Statistik, keine unersetzten Elemente, von denen die Streiks geführt werden.

Begelegt wurden die Differenzen in 458 Fällen direkt zwischen den unmittelbar beteiligten Arbeitern und Unternehmern, in 162 Fällen durch Vermittlung der Lokalverwaltung der Organisierten, in 218 Fällen durch Vermittlung des Zentralvorstandes, in 47 Fällen durch Vermittlung dritter Personen und in 55 Fällen vor dem Gewerbegericht. Bemerkenswert ist noch, daß bei den Kämpfen insgesamt 1698 mal von den Arbeitern Verhandlungen angestrengt wurden, und daß die Unternehmer die Verhandlungen 811 mal rumbweg ablehnten. Ein Beweis für die geringe Friedensliebe vieler Unternehmer.

Die gesamten Kosten für die Streiks und Ausperrungen beliefen sich im Jahre 1903 auf 5080984 Mk. Davon kamen 4511621 Mk. = 88,8 Prozent aus Mitteln der beteiligten Organisationen, 181559 Mk. durch freiwillige Beiträge der Mitglieder, 61471 Mk. durch Beiträge anderer Gewerkschaften, 336799 Mk. durch Sammlungen und 40848 Mk. vom Ausland. In den Jahren 1890 bis 1903 verursachten die Streiks und Ausperrungen eine Ausgabe von 24178064 Mk., wovon 70 Prozent aus den Kassen der Organisationen kamen. Vom Ausland wurden insgesamt 887834 Mk. an Unterstützungsgeldern gesandt. Die Ausgaben für die einzelnen Jahre zeigt die folgende Tabelle:

Jahr	Gesamtkosten der Streiks	Davon kamen		
		aus der Kasse der im Streik befindlichen Organisationen	Prozent der Gesamtsumme	aus dem Ausland
1890/91	2094922	1215025	58,0	126125
1892	84638	29271	34,0	4610
1893	172001	64123	37,0	3133
1894	854297	85841	24,0	2464
1895	424231	204970	48,0	2994
1896	8042950	724603	24,0	84648
1897	1267298	775361	62,0	1949
1898	1345302	1051074	78,0	3132
1899	2627119	2016157	77,0	7079
1900	2936030	2487853	84,0	5800
1901	2515888	1734491	68,9	103906
1902	2287504	2041161	91,2	2246
1903	5080984	4511621	88,8	40348
Zusammen	24178064	16941071	70,0	887834

Der Prozentsatz der Ausgaben, der aus der Verbandskasse kam, war im Jahre 1903 geringer als im Vorjahr. Es ist dies durch die Unterstützungen, die für die größeren Ausperrungen gesammelt wurden, herbeigeführt.

Gewaltige Opfer wurden in wenigen Jahren von der Arbeiterschaft im Kampfe um ein menschenwürdiges Dasein gebracht. Gegenwärtig zeigt sich das Unternehmertum rücksichtslos denn je. Der im allgemeinen günstige Ausgang des wirtschaftlichen Kampfes im letzten Jahre wird aber das Selbstvertrauen der Arbeiterschaft stärken und diese zu erhöhter Laftkraft anspornen, so daß sie auch dem erneuten Ansturm der Unternehmerorganisationen gewachsen sein wird.

Geschäftsbericht der Südwestdeutschen Eisenberufsgenossenschaft für das Jahr 1903.

Die Berufsorganisation des „Königreichs Siumm“ könnte man auch diese Berufsorganisation heißen, da alle Geschäfte im Saarrevier geleitet werden. Vorsitzender ist der „Geheimer Kommerzienrat Rud. Böcking zu Halberstadt. Der wichtigste Ausschuss der Berufsorganisation, Ausschuss zur Feststellung von Unfallerschädigungen“ benannt, besteht aus folgenden 3 „Fachleuten“: Geheimer Kommerzienrat Rud. Böcking, Generaldirektor Reichardt und Fabrikant Georg Hedel. Nur als „Erfahrene“ ist ein Schlossermeister aus St. Johann zugelassen. Die Verlesenen können also „berahigt“ sein!

Der Bestand der Berufsorganisation am Kalafster betrug im Vergleich zu einzelnen Vorjahren:

Jahr	Zahl der Betriebe	Zahl der versicherten Arbeiter	Einlagen auf je 1 Betrieb an Verfallerte
1899:	461	49779	108
1901:	499	53884	108
1902:	651	57538	91
1903:	644	60889	95

Die Zahl der Betriebe hat also gegen das vorige Jahr um 13, die Zahl der versicherten Arbeiter um 22,6% zugenommen. Die Zahl der Arbeiter auf einen Betrieb ist aber gegen die zwei vorigen Jahre zurückgegangen.

Löhne wurden bezahlt: 1902: 59399743 Mk., dagegen arbeitsunfähige Löhne 59749643 Mk. 1903: 66990490 = 66590454 =

Die Löhne stellten sich pro Kopf der Arbeiter: Bezahlte Löhne 1902: 1031 Mk. 1903: 1100 =

Die Löhne sind also pro Kopf im Durchschnitt um 96 Mk. pro Jahr gestiegen. Wie groß die Belastung der Unternehmer durch die Unfallbeiträge ist, die diese bekanntlich aus „eigener Tasche“ zahlen müssen, ergibt die Umlage, die im Jahre 1902 auf jeden Beschäftigten 17,39 Mk., 1903 13,18 Mk. pro Jahr betrug. Und deshalb das große Geschrei!?

Unfälle wurden angemeldet in den Jahren:

Jahr	anzahl	auf 1000 Beschäftigte	Unfälle
1899:	4327	= 1000	86,22
1900:	4619	= 1000	82,78
1901:	5202	= 1000	96,54
1902:	5658	= 1000	101,89
1903:	6453	= 1000	105,98

Die Zahl der Unfälle, die angemeldet wurden, ist also gegen die vorigen Jahre erschreckend hoch gestiegen. Trotzdem wird man behaupten, daß „alles getan wurde, um die Unfälle möglichst zu vermindern“!

Erschreckend wurden von den im Jahre 1903 gemeldeten 6453 Unfällen jedoch nur 600, so daß 5853 Unfälle in den ersten 13 Wochen des Jahres „geheim“ waren. Aber auch die Zahl der entschädigten Unfälle ist gegen das Vorjahr gestiegen. Es wurden entschädigt in den Jahren:

Jahr	anzahl	auf 1000 Beschäftigte	Unfälle
1899:	415	= 1000	8,34
1900:	499	= 1000	8,56
1901:	481	= 1000	8,56
1902:	550	= 1000	9,56
1903:	600	= 1000	9,56

Die 600 im Jahre 1903 entschädigten Verletzten waren nach Alter und Geschlecht: Erwachsene männlich 565, Erwachsene weiblich 3, Jugendliche männlich 81, Jugendliche weiblich 11. Nach dem Verzicht sollen sich ereignet haben: 49 Unfälle an Motoren, Arbeitsmaschinen; 26 an Fahrstühlen, Aufzügen; 15 durch Sprengstoffe; 181 durch Zusammenbruch, Einsturz; 87 durch Fall von Leitern, Treppen etc.; 112 beim Auf- und Absteigen; 86 durch Fußwunde; 27 im Eisenbahnbetrieb; 84 durch Abspringen von Metallplättchen etc.; 4 durch Stoß, Biß etc. der Tiere; 7 durch Handwerkzeug u. s. w.

Die Folgen der Unfälle waren: in 84 Fällen Tod, in 1 Fall (M) völlige, in 881 Fällen teilweise und in 134 Fällen vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Was die Vertrauenswürdigkeit doch nicht alles „feststellen“ können! Die Verlesenen selbst werden jedoch andere Zahlen angeben können. Nach Art der Verletzungen stellen die Unfälle: Quetschungen 261, Schnitt- und Stichwunden 61, Verbrennungen 65, Knochenbrüche 161, Verrenkungen, Ferkungen z. 28, Leistenbrüche 2, Ersticken 5, Sonstige Verletzungen 17. Körperteile wurden verletzt: Kopf und Hals in 37 Fällen, Augenverletzungen in 44, Hände und Arme in 185, Beine und Füße in 203, Rumpf in 4 Fällen; mehrere Körperteile zugleich 77. Auffällig ist es, daß mehr Bein- und Fußverletzungen als Hand- und Armverletzungen vorkamen.

Von den Schiedsgerichten wurden im Berichtsjahr 107 Verurteilungen „erledigt“. Davon „ganz oder teilweise begründet“ (also zugunsten der Verlesenen) 8 Fälle, zurückgewiesen 68 Fälle, durch Vergleich erledigt 18 Fälle, zurückgewiesen 12 Fälle.

Am allergeringsten hatte das Schiedsgericht in 3 Fällen entschieden. Dort wurden von den Urteilen 11 Prozent zugunsten der Verlesenen und 89 Prozent zugunsten der Berufsgenossenschaft „erledigt“!

Die Berufsgenossenschaft hatte nach 18 Rekurse gegen diese Urteile erhoben und hatte in 5 Fällen Erfolg, während nur 9 Fälle abgewiesen wurden. Anders erging es den Verlesenen, die 106 Rekurse angefertigt hatten. Sie hatten 13 Erfolge und 56 Zurückweisungen.

Dem Geschäftsbericht sind sehr umfangreiche Tabellen beigegeben, die aber sicher von den wenigsten Unternehmern gelesen werden. Uns interessiert speziell die Tabelle: „Ursachen der entschädigten Unfälle im Jahre 1903.“. Ehrfurchtsvoll betrachten wir das Zahlenwerk, das aus den Mitteilungen der Unternehmer zusammengestellt worden ist. Darnach sollen die Unfälle verursacht worden sein: Durch „mangelhafte Betriebseinrichtungen“ 17 Fälle, durch ungenügende Anweisung 1 Fall, Fehlen von Schutzvorrichtungen kein Fall! Also in 18 Fällen hatten die Unternehmer die Schuld an den Unfällen. Wunderlich ist es doch, daß noch wenigstens für 18 Fälle die Herren dies zugestanden haben. Sie hätten ja auch ruhig 00 schreiben können als sie die verdächtige Rubrik des Fragebogens ausfüllten. Die große Mehrzahl der 600 entschädigten Unfälle ist natürlich durch die „Schuld der Arbeiter“ entstanden.

Wir lesen da: „Nichtbenutzung oder Befolgung vorhandener Schutzvorrichtungen“ in 32 Fällen, „Handeln wider bestehende Vorschriften“ 53 Fälle, „Leichtsinn“, „Wahlgerei“ z. 6 Fälle, „Unachtsamkeit“, „Unachtsamkeit“ 197 Fälle, die Schuld von Mitarbeitern wurde in 22 Fällen als „erwiesen“ angesehen; während 256 Fälle durch die „Gefährlichkeit des Betriebs“ verursacht worden seien. Es geht doch nichts über eine „gute Statistik“!

Das Gesamtvermögen der Berufsgenossenschaft betrug am Schlusse des Jahres 1903 die Summe von 1568812,07 Mk.

Aus der christlichen Arbeiterbewegung.

Die Besprechung des Jahresberichtes der christlichen Gewerkschaften in Nr. 31 der Metallarbeiter-Zeitung, namentlich aber die Aufdeckung des Schwindels, mit der Angabe der Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften, hat das höchste Mißfallen der Mitteilungen des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften erregt. In hellem Jorne redet das Blatt in bezug auf unsere Berechnung, daß am Jahreseschluß 1903 in Wirklichkeit nicht mehr als 60000 Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften organisiert gewesen seien, von Schwindel, der zu plump sei, um auch nur eine Zeile mehr für ihn übrig zu haben. Dann glauben die Mitteilungen einen besonderen Krampf gegen uns auszuspielen und uns mit uns selbst in Widerspruch bringen zu können, indem sie einen Teil des Schlusssatzes unseres Artikels in Nr. 31 der Metallarbeiter-Zeitung, in folgender Weise mit einer Zusatzbemerkung versehen, zitierten: „So verlohnt es sich wahrlich kaum der Mühe, sich eingehender mit diesen Leuten zu befassen — meint das Blatt (die Metallarbeiter-Zeitung) am Schlusse, nachdem es denselben Leuten diesmal eine ganze Seite gewidmet und sonst in jeder Nummer sie mit ein oder zwei Spalten beglückt.“

Um die jesuitische Polemik- und Zitiertumst des christlichen Blattes in ihrer ganzen Größe und Glorie zu zeigen sei nachstehend der ganze Schlusssatz unseres Artikels in Nr. 31 der Metallarbeiter-Zeitung wiedergegeben: „Wären die christlichen Gewerkschaften nicht hauptsächlich in Rheinland und Westfalen konzentriert, wo andererseits die freien Gewerkschaften sich erst in letzter Zeit in größerem Maße zu entwickeln beginnen, und die große Masse der Arbeiterschaft dem Organisationsgedanken leider noch fremd und fast gegenübersteht, so verlohnte es sich wahrlich kaum der Mühe, sich eingehender mit diesen Leuten zu befassen.“

Nicht ihrer Bedeutung an sich, sondern einzig und allein des Umstandes wegen, daß die christlichen Gewerkschaften hauptsächlich in Rheinland und Westfalen konzentriert sind — nach Angabe ihres Jahresberichtes für 1903 wohnen rund 80 Prozent der Mitglieder der dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände in Rheinland und Westfalen — weil andererseits die freien Gewerkschaften dort erst in letzter Zeit in größerem Maße zu entwickeln beginnen und die große Masse der Arbeiterschaft in diesen industriell so stark entwickelten dichtbesiedelten Landesteilen dem Organisationsgedanken leider noch fremd und fast gegenübersteht, beschließt die Metallarbeiter-Zeitung des öftern mit ihnen. Das sei hier nochmals ausdrücklich festgehalten, um die Christlichen vor einer gänzlich unmotivierten Selbstüberhebung zu warnen.

Die Leiter der christlichen Gewerkschaften geraten übrigens durch ihre Respektvollheit, die sie sich in dem Jahresbericht über den Bestand und die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften leisteten, um die Zahl der auf dem Boden der christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter möglichst groß erscheinen zu lassen, in eine für sie immer unangenehmere Situation. So hatten sie auch den von Metz-Erier geleiteten Verband christlicher Eisenbahnarbeiter und Handwerker, der 60000 Mitglieder zählen soll, in der Statistik ihres Jahresberichtes angeführt. Nun fand vor kurzem der Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine der Diözese Trier statt. Einmütig nahm dieser eine Resolution an, die sich für Sachabteilungen in den katholischen Arbeitervereinen und gegen die christlichen Gewerkschaften erklärt, ja, nicht einmal eine Agitation für die christlichen Gewerkschaften in den katholischen Arbeitervereinen mehr gestattet wissen will. Die Resolution lautet: „Die Präsidien der katholischen Arbeitervereine werden dringend gebeten, die Befreiungen der katholischen Arbeiter, sich in beruflichen Fachabteilungen innerhalb der Arbeitervereine zu organisieren, aufzuerzogen zu unterstützen und das Interesse für diese Fachabteilungen nach Kräften zu wecken. Innerhalb der katholischen Arbeitervereine kann hinsichtlich der gewerkschaftlichen Organisation nur für berufliche Fachabteilungen agitiert werden.“

Das ist interessanteste an der Sache aber ist, daß diese Resolution von Herrn Metz-Erier, Vorsitzenden des Verbandes christlicher Eisenbahnarbeiter und Arbeiter, begründet wurde!

Über die katholischen Gewerkschaften glaubt der Jahresbericht leicht damit hinwegzuleiten zu können, daß er sie für recht bedeutungslos für die weitere Entwicklung der christlichen Gewerkschaften bezeichnet; sie seien eine Gründung Berliner Herren, die Klasse der katholischen Arbeiter wolle nichts von ihnen wissen; auch in der Diözese Trier, wo man dem Gedanken katholischer Gewerkschaften oder Fachabteilungen in den katholischen Arbeitervereinen namentlich in einem Teil der Bevölkerung noch freundlich gegenüberstehe, drängen die christlichen Gewerkschaften heftig vor, und

der Berliner Richtung sei es nicht gelungen, die Arbeiter in ihre Organisationen zu bringen. Wie falsch diese Darstellung ist, zeigt der Jahresbericht der katholischen Arbeitervereine der Diözese Trier, aus dem folgende diesbezügliche Zahlen wieder gegeben seien: „Bezirk Koblenz: 24 katholische Arbeitervereine mit 4000 Mitgliedern, darunter 24 Vereine mit 2800 Mitgliedern an den Zentralverband Berlin angeschlossen; Bezirk Saar: 58 Vereine mit 10500 Mitgliedern, darunter 39 mit 8100 Mitgliedern an Berlin angeschlossen; Bezirk Trier: 38 Vereine mit 4200 Mitgliedern, darunter 33 Vereine mit 3700 Mitgliedern an Berlin angeschlossen, zusammen also 124 Vereine mit 18700 Mitgliedern, darunter 86 an Berlin angeschlossen mit 14400 Mitgliedern!“

Der Kampf zwischen der M.-Glabbacher und der Berliner Richtung, den christlichen und den katholischen Gewerkschaften, in dem eine kleine Ruhepause eingetreten war, ist wieder zur hellsten Höhe entfacht, und jetzt täglich neue und schönere Proben, in welcher unbeduldsamen, gehässigen und heimtückischen Art sich diese Christenmenschen gegenseitig bekämpfen.

Von dem Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine der Diözese Trier, der von etwa hundert Delegierten, davon der dritte Teil Geistliche, besucht war, seien hier noch einige für die Beurteilung dieser Art von „Arbeiterorganisationen“ besonders bemerkenswerte Momente hervorgehoben. Nach einem Referat des Pfarrers Gul aus Marxweiler über die Aufgaben der katholischen Arbeitervereine mit Rücksicht auf die sozialdemokratischen Bestrebungen, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die Bestrebungen der Sozialdemokratie müssen in unseren katholischen Arbeitervereinen ernstlich im Auge behalten werden. Zur Abwehr dieser Bestrebungen sollen die Arbeitervereine neben der apologetischen und sozialen Aufklärung auch die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zielbewußt in die Hand nehmen.“

Wenn ja auch zur Genüge bekannt ist, daß der eigentliche Zweck der katholischen Arbeitervereine ist, die katholischen Arbeiter unter der bedingungslosen Herrschaft des Klerus, sie dem Zentrum als getreue Gefolgschaft und Wähler unter allen Umständen zu erhalten, so wird man doch gut tun, sich das in dieser Resolution zum Ausdruck kommende Geständnis zu merken, daß also der Sozialdemokratie, nicht etwa des Wohles der Arbeiter wegen in den katholischen Arbeitervereinen „auch die wirtschaftlichen Interessen“ der Mitglieder vertreten werden sollen.

Das allerinteressanteste aber war die Rede des Dechanten Hansen aus Jlingen, des Bezirkspräsidenten für das Saargebiet. Die Landeszeitung berichtet darüber: „Seine gehaltvollen Ausführungen über die Bestrebungen der katholischen Arbeitervereine gipfelten in dem Satze, daß wir bei Lösung der sozialen Frage nur arbeiten könnten im engsten Anschluß an die katholische Kirche. Nicht mit allgemeinen christlichen Grundsätzen können wir etwas Ersprießliches leisten, weil es sonst einen Disput ohne Ende gäbe; wir müßten uns richten nach den bestimmten Entscheidungen des höchsten kirchlichen Lehramtes, wie die allgemeinen christlichen Grundsätze zweckmäßig für die jeweiligen Verhältnisse passend angewandt werden könnten. Des weiteren betonte der Redner, daß die katholische Religion die Religion der Autorität, der Unterordnung und des sozialen Friedens sei und daß eine Organisation der Arbeiter auf katholischer Grundlage auch im Interesse der Mächtigen dieser Erde liege; wenn alle Arbeiter unter katholischer Fahne organisiert seien, könnte jeder Arbeitgeber ruhig sein Haupt in jedes katholischen Arbeiters Schoß legen.“

Herr Dechant Hansen ist der Oberleiter der 68 katholischen Arbeitervereine des Saargebietes, er genießt unter seinen Leuten großes Ansehen, was auch nach außen hin sich besonders bemerkbar macht, daß er, wie der Bericht der Trierischen Landeszeitung bemerkt, beim Welttag des Klerus in Paris mit Beifall begrüßt wurde. Er ist also einer der anerkanntesten Vertreter der katholischen Arbeitervereine, um so wertvoller aber ist sein Bekenntnis, daß auch dem Blödesten die Augen darüber öffnen sollte, wie wertvoll diese „Arbeiterorganisationen“ für die Vertretung der Arbeiterinteressen sind.

Einheit!

Die in Nr. 31 vom Kollegen Stögen gemachten Ausführungen veranlassen mich, unser Verbandsorgan zu benutzen, um an der einzigen mir zur Verfügung stehenden Stelle zu der Frage: „Sollen sich die Graveure und Ziseleure dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen?“ einiges hinzuzufügen. Eine zirla siebenjährige Tätigkeit an exponierter Stelle in den Organisationen der Graveure und Ziseleure drängte mich, der ich direkt gegenteiliger Ansicht war, die Überzeugung auf, daß es auch in dieser Etappe des Klassenkampfes, die wir mit der wirtschaftlichen Bewegung zu durchschreiten suchen, nicht nur darauf ankommt, daß die Arbeiter eine Interessengemeinschaft dadurch zu beweisen suchen, daß sie sich gegenseitig Solidarität versichern und, wenn es nottut, auch bei Streiks und dergleichen sich gegenseitig unterstützen, sondern daß es darauf ankommt, die Gemeinschaft als Klasse zu begreifen und durch Handlungen zu betätigen, die Indifferenzen zur Klassenkenntnis und Klassenbetätigung zu erzeugen. Für falsch muß ich es also halten, sich in einzelnen Berufen abzuschließen, um dort „für die Hebung einer Berufsfrage“ tätig zu sein, während ich es für richtig halte, durch die Zusammenziehung aller Arbeiter für die Hebung der „Berufsfrage“ aller arbeitenden Menschen zu kämpfen.

Eine weitere Fortentwicklung dieses Gedankenganges in der Metallarbeiter-Zeitung will ich unterlassen, da es nicht meine Aufgabe sein kann, die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes von der Notwendigkeit eines Industrieverbandes zu überzeugen. Was mich veranlaßt, das Wort zu nehmen, sind die Einwände, die gegen einen Anschluß der Graveure und Ziseleure an den Metallarbeiter-Verband geltend gemacht werden. Die vorgebrachten Gegenstände bilden ein böses Durcheinander, ein Einwand widerspricht dem anderen! Nicht selten werden mehrere der widersprechendsten Einwände von einer Person vorgebracht.

Sehen wir uns die Gründe der — ich will sagen ersteren — Gegner an, so stoßen wir auf zwei „Richtungen“. Die eine Richtung sagt uns: „Es wird schon der Zeitpunkt kommen, da auch die Graveure und Ziseleure zum Metallarbeiter-Verband übertreten werden.“ Fragt man weiter: „Warum nicht jetzt?“, so bekommen wir zur Antwort: „Ja, unsere Kollegen sind für eine derartige Organisationsform noch nicht reif.“ Gemeint sind hierbei besonders die unorganisierten Kollegen, die der Berufsdiener — genannt Künstlerdiener — nicht zur Organisation kommen läßt, weil diese Herren sich für etwas „besseres“ halten. Gemeint sind ferner die Kollegen, die sich wohl bis zum Verband der Graveure und Ziseleure emporgearbeitet haben, denen für einen Anschluß an den Industrieverband aber die innere Überzeugung fehlt, die also dann für eine gewerkschaftliche Organisation, wenigstens vorläufig, verloren gehen könnten. Daß diese Taktik falsch ist, lehrt die Praxis alle Tage; es ist nicht notwendig, hierzu Worte zu verlieren. Der wirtschaftliche Kampf ist kein Puppenspiel, und die Gewerkschaften sind keine Kleinkinderbenachrichtigungen.

Eine zweite Richtung drückt sich in etwa folgenden Worten aus: „Wenn ihr (Industrieverbänder) die Konsequenz eurer Ausführungen ziehen wollt, so müßt ihr schon einen Schritt weitergehen und für eine allgemeine Arbeiterunion mit Sektionen der Berufe plädieren.“ Das hierin liegende Geständnis ist kostbar. Eine Union aller Berufe mit Sektionen erscheint ihnen möglich, eine Union der Metallindustrie aber — unmöglich. Und wenn dann weiter einige Vertreter dieser allgemeinen Union mit Sektionen sogar erklären, die Industrieverbände seien nicht eine Durchgangsform, sondern im Gegenteil ein Hindernis zu diesem Ziele, dann muß ich erklären: Mein Geist ist zu schwach, um eine derartige „Logik“ zu erfassen. Einen Beweis dafür zu erbringen, warum dem so ist, das haben diese Kollegen bisher — vergessen; daß ich einen solchen Beweis für ausgeschlossen halte, dürfte zu bemerken überflüssig sein.

Wenn die oben bezeichneten Kollegen an dem Bestehenden festhalten, so geschieht dies meiner Auffassung nach zu dem meinten

fallen (nicht in allen) deshalb, weil man für die eigene Selbständigkeit fürchtet. Zuerst dies zu tun, dann doch nur soweit als es das Interesse der Allgemeinheit erfordert, nach der von mir anfangs meines Artikels angeführten Richtung, und das erachte ich eben als einen bedeutenden erzieherischen Wert der großen Arbeiterorganisationen, daß sie das Gefühl der Klassengehörigkeit viel kräftiger und reiner zum Ausdruck bringen, dem Arbeiter loszusagen lehrt. Wenn eine Aufgabe der Selbständigkeit zum geringen Teile selbstfindet — was sich aber bestreiten läßt —, dann geschieht es nur soweit, als der einzelne — das einzelne Mitglied — dann nicht mehr nur für die Verbesserung seiner eigenen Lage, der Lage seiner Berufsgenossen, sondern für sich und seine Klassengenossen den wirtschaftlichen Kampf führt. Daß dieses Aufgeben der Selbständigkeit nicht weiter geschieht, beweisen die Kämpfe des Metallarbeiter-Verbandes, das werden uns weiter die Mitglieder der dem Metallarbeiter-Verband angeschlossenen Berufe bestätigen.

Um den Raum unserer Zeitung nicht allzuviel in Anspruch zu nehmen, will ich diese Gegner verlassen und die Argumente derer etwas näher betrachten, die an der Berufsorganisation festhalten wollen. Als Hauptargument wird hier angeführt: „Unsere Kollegen sind in fünfzehn verschiedenen Berufen tätig.“ Ferner: „Da nun viele Kollegen bald in dieser, bald in jener Industrie tätig sind, ist es für die Graveure und Ziseleure unmöglich, Mitglied eines Industrieverbandes zu sein.“ Meine verehrtesten Gegner! Daß dies die Gemischnis von in fünfzehn Industrien beschäftigten Personen sich in einer Berufsorganisation vereinigen läßt, ist durch die Tatsachen bewiesen; daß genau dieselben Personen Mitglieder einer Sektion einer allgemeinen Arbeiterunion sein können, sagen die anfangs bezeichneten Kollegen; daß aber genau dieselben Personen unter genau denselben Verhältnissen Mitglieder einer Sektion eines Industrieverbandes sein können, erscheint ihnen nicht möglich! Ich frage: Warum? — Sehen wir uns nun aber einmal die Behauptung, unsere Kollegen seien in fünfzehn Industrien tätig, etwas näher an. Wir finden da in dem Protokoll des vierten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands eine Aufstellung von 14 Rubriken, die mit einer Summe von 416 Kollegen schließen. Betrachten wir dieses Kunststückchen von Aufzählung näher, so finden wir: Bergbau u. s. w. 45 Kollegen. Ich habe die letzte Statistik der Graveure und Ziseleure von vorn bis hinten durchgesehen, habe aber nicht einen Kollegen darunter gefunden, der zum Bergbau gerechnet werden könnte, wüßte auch sonst keinen zu finden. Dann weiter: Bekleidung, unter Schuhmacher — 1. Also: „Ein Gänger“ — groß geschrieben! Daß so etwas als Beweisführung hingestellt wird, ist ein starkes Stück. „Baugewerbe“ 83. Wo kommen diese 83 her? Hat man hierunter etwa die Ziseleure gerechnet, die in Metallwarenfabriken oder Ziselierwerkstätten neben anderen auch gegossene und getriebene Außen- und Innenbekleidungen von Häusern anfertigen? Und zum Schluß wird dieser Aufstellung von 14 Rubriken folgender Satz angehängt: „Ferner werden Graveure und Ziseleure 2508 angeführt, welche in anderen Klein- und Großbetrieben beschäftigt sind, demnach verbleiben ungefähr nur 2658 Kollegen, welche in der Metallindustrie beschäftigt sind, alle übrigen sind in den oben angeführten 15 Industriezweigen verteilt.“

Diese Beweisführung ist einzig in ihrer Art! Man teilt also 6622 Kollegen in zwei Teile, nimmt davon 416 und schachtet diese alle peinlichst ein, vergißt auch einen „1“ (lies Einzelnen) nicht, und mit dem anderen Teile von 2508 weiß man sonst weiter nichts anzufangen, daher werden diese etwa auch in eine Schachtel getan mit der Aufschrift: „Industriezweige Kleinbetriebe“?

Bei einer derartigen Beweisführung darf es übrigens nicht wundernehmen, wenn der Aufzähler oben sagt: „... alle übrigen sind in den oben angeführten 15 Industriezweigen beschäftigt“, obwohl er höchstens von 13 sprechen könnte. Die von ihm abgezogenen 2658 aus der Metallindustrie werden vorher in der Aufzählung der 14 Rubriken als zwei Industrien aufgeführt, bleiben also nur noch 12, dazu die „Industriezweige Kleinbetriebe“, macht 13. Dies jedoch nur nebenbei, da ja schon das Vorangeführte zur Genüge zeigt, daß sich der Aufzähler, der Delegierte der Graveure und Ziseleure, seine Arbeit nicht allzu schwer gemacht hat. Wenn ich auf diese Aufzählung etwas näher eingegangen bin, so geschah dies, weil es viele Kollegen gibt, die dieses Gemisch von Unklarheiten gedankenlos hinnehmen, weil es ihnen an jedem Einblick und eigenem Urteil fehlt. Welche Mitleiden betragende Ausstellungen werden, zeigen folgende Sätze, die ein Kollege einem Anhänger des Metallarbeiter-Verbandes in der Zeitschrift der Graveure und Ziseleure entgegenstellte. Es heißt da wörtlich: „Wie Kollege A. R. eine verwandtschaftliche Beziehung mit den Metallarbeitern findet, ist mir und wohl manchem anderen Kollegen nicht verständlich. Worin diese besteht, kann Kollege A. R. wohl selbst nicht angeben, ebenso bei den Kollegen der Gold- und Silberbranche. Nun gibt es aber auch Eisen-Graveure und Glasgraveure, die auch in den Metallindustrien beschäftigt sind (Geißlingen). Wo wären denn hier die verwandtschaftlichen Arbeitsverhältnisse? Einzig und allein in allen angeführten Arten wohl die, welche mit den Metallarbeitern schließlich eine gleiche Arbeitszeit und in derselben Fabrik oder dergleichen tätig waren; dies wären aber auch alle verwandtschaftlichen Verhältnisse. Ein Schlosser, ein Dreher, ein Hobler, ein Schmied u. s. w., wie sie alle im Metallarbeiter-Verband vertreten, hat gar keine Ahnung von unserem Beruf, weiß oft gar nicht einmal, was ein Graveur oder Ziseleur für ein Tier ist. Und diese sollen dann Verständnis für unsere Berufsinteressen haben?“ — Und so ähnlich spinnst der Kollege dann weiter. Man muß ja schließlich überall einmal ungerichtetes Zeug hinnehmen, aber daß man etwas dergleichen seinen Kollegen vorzusetzen mag, wird den Lesern der Metallarbeiter-Zeitung doch wohl wunderbar vorkommen.

Betrachten wir nun die Wirklichkeit, so verhält sich diese gegen die obige Zusammenstellung etwa so, daß mindestens zirka 62 Prozent aller unserer Kollegen in vollem Sinne des Wortes als Metallarbeiter anzusprechen sind. Wir scheitern es allerdings, als wollten sich einige Kollegen, zum Beispiel Graveure, die in einer Stempel- und Maschinenfabrik beschäftigt sind, in der Stempel für Wäsche, Metalle, Holz und dergleichen angefertigt werden, zu allen anderen, nur nicht zur Metallindustrie rechnen. An zweiter Stelle stehen die Kollegen, die für die Buch- und Papierindustrie tätig sind. Diese nehmen zirka 24 Prozent in Anspruch. Obwohl diese Kollegen alle Metallarbeiter und in ihrer Mehrheit in Gravierenarbeiten beschäftigt sind, will ich, da sie Werkzeuge meist (nicht immer) für Buch- und Papierindustrie anfertigen, die Frage nicht entscheiden. Das werden diese Kollegen aber unbedingt zugeben müssen: ob die Organisation, die ihre Interessen vertritt, Verband der Graveure oder Sektion der Graveure heißt, bleibt ohne jeden Einfluß, nur stark und tatkräftig muß die Organisation sein.

An dritter Stelle mit zirka 7 Prozent rangieren die in der Textilindustrie beschäftigten Kollegen. Der größere Teil dieser Kollegen, soweit sie überhaupt die Zweckmäßigkeit eines Zusammenschlusses erkannt haben, hat es bisher für notwendig gehalten, sich in einer weiteren Extraorganisation zusammenzufinden. Ursache: Weil den übrigen Graveuren das Verständnis für die Berufslage der Stoffdruckgraveure fehlt.“ Diesen Einwand hört man auch unter den anderen Graveuren alle Tage, in Wirklichkeit verbirgt sich dahinter nichts weiter als ganz gefährlicher Berufsdünkel. Dieses Organisationsdünkel — Verband kann man ihn nicht recht nennen — hat zirka 850 Mitglieder, darunter einige in Österreich, Belgien. Er bezeichnet sich daher als „international“. Als auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend kann man ihn nicht bezeichnen.

Die übrigen Branchen oder Industrien nehmen: also zusammen noch zirka 7 Prozent in Anspruch. Die Berliner Stempelschneider haben sich ja schon — wenn ich so sagen soll — halb hinüber gewendet, denn sie sind Mitglieder des Verbandes der Graveure und Ziseleure und auch des Schriftgießervereins, der bekanntlich dem Buchdrucker-Verband angeschlossen ist. Diese Kollegen haben eben empfunden, ob sie sich selbst eingestehen oder nicht, bleibt gleichgültig, daß die Schriftgießer mehr ihre Berufsgenossen sind als die Ziseleure, von denen die meisten nicht einmal einen Begriff davon haben wie der Ziseleur seine Arbeit herstellt. Beruflich haben die Stempelschneider mit den Ziseleuren auch nicht das geringste zu tun. Das ist eben der Kernpunkt der Sache. Es ist

falsch, wenn behauptet wird, die verschiedensten Berufe, unter dem Sammelnamen Graveure und Ziseleure zusammengefaßt, haben mehr Interessengemeinschaft als etwa die Ziseleure mit den Würtlern. Der Ziseleur arbeitet beispielsweise mit dem Silberarbeiter Hand in Hand, alle Tage, zu jeder Stunde, während der Buchdrucker oder Golddruckgraveur nur soviel sein Berufsgenosse ist, daß er in den allermeisten Fällen nicht einmal weiß, wie es in der Werkstatt eines Buchdruckgraveurs überhaupt aussieht. Dieses Beispiel ließe sich noch wiederholen. Beweis dafür ist der Beschluß einer Generalversammlung des Verbandes der Graveure und Ziseleure: „Die Kollegen aufzufordern, fachgewerbliche Artikel für die Zeitschrift der Graveure und Ziseleure zu schreiben, um unter die Kollegen mehr Verständnis, mehr fachliches Wissen über die verschiedensten Branchen unseres Berufs zu verbreiten.“ Ich meine, das genügt!

Betrachten wir den „historischen Entwicklungsgang“, so sehen wir den Flachstichgraveur und Ziseleur aus dem eigentlichen Metallarbeiter (Goldschmied und anderen) sich langsam entwickeln, den Stempelschneider vom Buchdrucker, den Golddruckgraveur vom Buchbinder u. s. w. Die Fortentwicklung der Technik ließ auch hier und da für den Graveur ein neues Gebiet entstehen, wie Schwarzdruck und andere. Die moderne Produktionsweise hat diese stützende Entwicklung so weit getrieben, daß auch mit unserem Beruf eine augenfällige Teilung der Tätigkeit des einzelnen vorgenommen wurde, und diese Entwicklung schreitet ständig vorwärts.

Betrachten wir uns noch zum Schluß den Vorschlag, statt sich einem Industrieverband anzuschließen, einen kunstgewerblichen Industrieverband zu gründen —, so offenbart sich hierin zunächst der von mir schon genannte Berufsdünkel; des weiteren zeugt der Vorschlag von einer vollständigen Verkennung der modernen Arbeiterbewegung. Was soll uns im wirtschaftlichen Kampfe der kunstgewerbliche Industrieverband? Soll er für die „Hebung der Lage des Kunstgewerbes kämpfen“, etwa wie die Kleinhandlender und dergleichen für die „Hebung des Mittelstandes“? Oder soll er eine „kunstgewerbliche Arbeiteraristokratie“ erklären? In dem Vorschlag fehlt nur noch der Befähigungsnachweis und der einmal an eine Verbandsgeneralversammlung der Graveure gerichtete Antrag, ein Verbandsabzeichen einzuführen!

Wir sind eben keine Metallarbeiter im gewöhnlichen Sinne des Wortes — ist die Devise der von mir zuletzt bezeichneten Kollegen. Diese Kollegen werden, das hoffe ich, erst fühlen lernen, sobald sie den Hals über das eigene Neck hinanstrecken. Daß trotz aller Gegenagitation, auf die ich weiter nicht eingehen will, die Erkenntnis bei den Kollegen einzieht, beweist die letzte Statistik, wo über 20 Prozent dem Industrieverband den Vorzug gaben. Und daß die leitende Stelle des Verbandes der Graveure und Ziseleure ihren Gründen selbst nicht allzuviel Beweiskraft zutraut, zeigt der Beschluß, auf eine Vertretung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands auf der letzten Generalversammlung, die im Juli dieses Jahres in Köln stattfand, zu verzichten, weil der Vorsitzende der Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes der Delegierte der Generalkommission sein sollte. Daß verschiedene Delegierte dieser Generalversammlung, wenn sie im eigenen Kreise sind, wohl große Worte zu machen verstehen, sonst jedoch genau wie oben bezeichnet handeln, beweist die Tatsache, daß sie diesen Standpunkt der Zentralleitung ihres Verbandes mit 16 gegen 12 Stimmen zu dem ihrigen ermählten. Dessenungeachtet aber werden die 20 Prozent ihre Aufgabe darin zu erfüllen suchen, daß sie den übrigen Kollegen die Notwendigkeit des allgemeinen Zusammenschlusses bei jeder passenden Gelegenheit vor Augen führen. Das übrige werden die Entwicklung und die sich daraus ergebenden Tatsachen vollbringen.

Berlin.

F. Gutschmidt.

Ausperrung der Formner in Berlin.

Die Vorkommnisse der letzten Woche waren in mehr als einer Hinsicht bemerkenswert. In mehreren Fabriken wurde diese Bekanntmachung angehängt:

„Sämtliche ausgesperrten Formner der Gießerei werden hiermit aufgefordert, die Arbeit bis spätestens den 22. August, morgens 7 Uhr, aufzunehmen, widrigenfalls sie als entlassen betrachtet werden. Der rückständige Lohn und die Papiere können beim Portier in Empfang genommen werden.“

Dieser Erlass war gleichbedeutend mit Aufhebung der Aus-sperrung, die Formner gingen jedoch nicht auf den Leim, sie wollten Garantien haben, daß sie nicht wieder wegen irgend einer Kappalle, wie bei Schwarzkopff, auf die Straße geworfen zu werden. Sie beschloßen deshalb: Sämtlichen in Betracht kommenden Gießereien die bei Schwarzkopff gestellten Forderungen vorzulegen. Dort, wo die Forderungen unterschrieben werden, kann die Arbeit wieder aufgenommen werden. Dieser Beschluß wurde sofort ausgeführt, dem Vereinbarungs-vorschlag wurde aber noch folgender Punkt 13 hinzugefügt:

Zur Überwachung dieser Vereinbarung, zur Verhütung von Streiks und Ausperrungen ist bis zum 1. Oktober 1904 eine paritätische Schlichtungskommission unter dem Vorsitz eines Unparteiischen zu bilden. Die Schlichtungskommission soll sich zusammensetzen aus fünf Arbeitgebern und fünf Arbeitnehmern. Die Bestimmung soll nur dann gelten, wenn ihr eine größere Anzahl von Unternehmern beitrifft, im anderen Falle gilt die in Punkt 3 der Vorschläge angeführte Bestimmung, daß das Gewerbe-gericht bei Streitfragen die letzte Instanz bildet.

Interessant ist nun, wie sich die Rühnemännerfirmen benahmen, es ihnen die Forderungen zur Unterschrift vorgelegt wurden. Die Kommissionen wurden mit großer Zuverlässigkeit behandelt, unterschrieben hat niemand. Die Unternehmer erklärten, sie müßten die Anweisungen des Metallindustriellenverbandes abwarten, ehe sie eine definitive Antwort geben könnten. Würden sie vorher unterschreiben, so müßten sie sich ja auch als Streikbrecher betrachten, und das könne doch kein Arbeiter von ihnen verlangen. Ein Verhandeln mit den Verbandsvertretern müßten sie nach wie vor ablehnen, ebenfalls mit einer Schlichtungskommission, denn die Verbandsvertreter wären außenstehende Leute, Agenten, Budiker u. s. In der Versammlung am 24. August wurde darauf die gebührende Antwort erteilt.

Die Gießereibesitzer sind aber doch angeblickt der Situation bedenklich geworden, sie hielten am 25. August eine Versammlung ab, um zu den Forderungen der Formner Stellung zu nehmen. Sie wählten eine Kommission von fünf Mitgliedern, die unter dem Vorsitz des Kommerzialrats Vorjig mit einer fünfgliedrigen Kommission der streikenden und entlassenen Formner verhandeln soll. (Sie wollten also nicht als Rühnemänner, sondern als Gießereibesitzer mit den Arbeitern verhandeln.) Die Arbeiter sind auf den Vorschlag eingegangen und es haben am Freitag den 26. August die ersten Verhandlungen unter dem Vorsitz des Herrn Vorjig stattgefunden. In einer am 27. August abgehaltenen Formnerversammlung wurde darüber von dem Kommissionsmitglied Jernicke berichtet. Darnach haben die Verhandlungen noch zu keinem positiven Resultat geführt. Es konnte gerade über die Hauptpunkte der Forderungen keine Einigung erzielt werden, so über den Punkt 2, der von der Bezahlung der Wartezeit bei Betriebsstörungen und der Überstundenentschädigung handelt, und über Punkt 6, betreffend die Entlassung von Formnern, die pro Woche unter 20 M. Arbeiter bei 30 M. Ein-formungswert herstellen. Zu lebhaften Erörterungen ist es sodann bei dem oben zitierten Punkt 13 gekommen. Die Herren haben hierzu erklärt, die Frage der Schaffung einer Schlichtungskommission zum Ausgleich von Differenzen u. s. nicht nur für Gießereien, sondern für die ganze Berliner Metallindustrie sei in ihren Kreisen schon seit ungefähr einem Vierteljahr ventilirt worden, bis jetzt indessen noch nicht zum Abschluß gekommen. Im Prinzip seien sie für die Kommission: zur Unterzeichnung dieses Passus über die Köpfe der übrigen Metallindustriellen hinweg aber seien sie nicht kompetent.

In der Debatte wurde hervorgehoben, daß das Ergebnis der Verhandlungen zu der Länge ihrer Dauer in einem argen Miß-verhältnis stünde. Es sei auch ausgeschlossen, daß sich die Formner

mit den etwas zu wenig ausgefallenen „Jugendabnüssen“ begnügen könnten. Um aber zu zeigen, daß es den Arbeitern ernst mit den Verhandlungen sei, wolle man vor allem auf die Schaffung der Schlichtungskommission dringen, der dann die spätere Regelung der übrigen Differenzpunkte überlassen bleiben solle. In diesem Sinne gelangte alsdann folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die Versammlung der Formner und Gießereiarbeiter nimmt Kenntnis von den Verhandlungen, die am 26. August in Sachen der Ausperrung der Formner und Gießereiarbeiter stattgefunden haben und erklärt:

An den aufgestellten Forderungen halten wir fest und ersuchen die Kommission, diesen Bescheid den Unternehmern zu überbringen. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß wenn die Schlichtungskommission im Sinne des Punkt 13 zugestanden wird, die noch strittigen Punkte der dann zu wählenden Kommission zur endgültigen Regelung überwiesen werden.

Wird dieser Vorschlag von den Arbeitgebern angenommen, kann die Kommission endgültig den Tag der Wiederaufnahme der Arbeit bestimmen.

Die Kommission hob sodann noch besonders hervor, daß die Berichte der bürgerlichen Presse, die schon über eine Beendigung der Ausperrung respektive des Streiks fabeln, gänzlich unzutreffend sind. Die weiteren Verhandlungen werden am Montag stattfinden. Mit lebhaftem Beifall wurden auch die Ausführungen des aus Stuttgart anwesenden zweiten Vorsitzenden des Metallarbeiter-Verbandes, Meichel, entgegengenommen, der die Taktik der Formner und Gießereiarbeiter während dieses Kampfes in jeder Hinsicht billigte und ihnen jede notwendig werdende Unterstützung des Gesamtverbandes zusicherte.

Die vorläufigen Vereinbarungen.

Die Verhandlungen, die zwischen den Kommissionen der Eisen-gießereibesitzer und der Formner stattfanden, haben folgendes vorläufige Resultat gezeitigt (vergl. die Forderungen der Formner in Nr. 84 der Metallarbeiter-Zeitung S. 268):

1. Die Betriebseinrichtungen sind derart zu treffen, daß in der Regel pünktlich zu der in der Arbeitsordnung angegebenen Stunde Feierabend ist.
2. (Vorläufig abgelehnt.)
3. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Formnern und der Gießereileitung über Ausschlußstücke soll der Besitzer, Direktor oder eine Kommission von zwei Ingenieuren aus anderen Abteilungen entscheiden. Auf Vorschlag der beteiligten Formner müssen auch zwei andere Formner gehört werden. Die Klage beim Gewerbegericht soll kein Grund sein, von der Benützung der Arbeitsnachweisstelle und von der Einstellung bei Verbandsbetrieben auszuschließen.
4. Ausschlußstücke müssen, bevor sie beseitigt werden, dem betreffenden Formner zur Prüfung gezeigt werden. Geschieht dieses nicht, so muß die Arbeit dem Formner unter allen Umständen bezahlt werden.
5. Der Preis muß, bevor die Arbeit begonnen wird, mit dem Formner vereinbart werden.
6. (Vorläufig.) Die Firmen werden der möglichst gerechten Verteilung der Akkordarbeit erneut ihre Aufmerksamkeit richten.
7. Zur Bedienung der Krane, zur Instandhaltung der Troden-tammen und zur Aufräumung der Gießerei sind genügende Hilfskräfte anzustellen.
8. Es sollen genügend Waschrichtungen und ausreichende Kleiderpinde vorhanden sein.
9. Die Formner können nach rechtzeitiger Anmeldung bei der Fabrikleitung vorstellig werden. Die Entlassung von Kommissionsmitgliedern soll nur mit Wissen der Fabrikleitung erfolgen können.
10. Die am Streik und der Ausperrung Beteiligten kehren nach Maßgabe der vorhandenen Arbeit auf ihre alten Plätze zurück. Neue Arbeiter werden nicht eingestellt, solange noch Ausständige am Orte vorhanden sind.
11. Zur Überwachung dieser Vereinbarung, zur Verhütung von Streiks und Ausperrungen ist bis zum 1. Oktober 1904 eine paritätische Schlichtungskommission unter dem Vorsitz eines Unparteiischen zu bilden. Die Schlichtungskommission soll sich zusammensetzen aus fünf Arbeitgebern und fünf Arbeitnehmern.
12. Diese Vereinbarung hat Gültigkeit bis zum 1. September 1905 und ist zwei Wochen vorher zu kündigen, widrigenfalls sie auf ein Jahr weiterläuft. (Siehe auch Telegramm auf S. 287.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 8 a des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Altmasser (Schl.): der Formner Mag. Reimann, geb. 6. November 1876 zu Land-sberg a. W., Buch-Nr. 463907, wegen Unterschlagung von Ver-bandsgeldern.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Gmiind (Schwab.): der Formner Bernhard Gäbele, geb. 29. Juli 1866 zu Geis-lingen, Buch-Nr. 321163, wegen Sperrebruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Nürnberg: der Dreher Karl Fromler, geb. 16. August 1865 zu Dresden, Buch-Nr. 610212; der Dreher Willy Reck, geb. 3. Juni 1871 zu Frankenthal, Buch-Nr. 393578; der Dreher Karl Engelhardt, geb. 15. April 1871 zu Dintel-sbühl, Buch-Nr. 234743, sämtliche wegen unkollegialem Verhalten; der Formner Paul Haaf, geb. 18. Februar 1864 zu Stettin, Buch-Nr. 452847, wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Kipperfeg: der Schlosser Rudolf Salewsky, geb. 28. Dezember 1882 zu Martinsfeld; der Schlosser Georg Hochrein, geb. 16. August 1879 zu Schonungen, Buch-Nr. 661997, beide wegen Streikbruch.

Der Klempner Rudolf Harandt, geb. 31. Oktober 1885 zu Albstadt (Baden), Buch-Nr. 597385, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen der Einzelmitgliedschaft Plauen i. V. nachzukommen.

Wieder aufgenommen wird:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hamburg: der Klempner Karl Poggenburg und Wilhelm Meyer, ausgeschlossen im Jahre 1902 wegen Streikbruch.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Str. 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereltnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Inzug ist fernzuhalten:

von Bauschlossern nach Leipzig St.; von Drahtarbeitern nach Ullm a. D. (Meinwald & Co.) D.; nach Reutlingen (Wagner, Inhaber Kurz) St.; von Drehern, Formnern und Schlossern nach Bamberg (Gebrüder Langhammer) M.; nach Heidenheim (R. Wiedenmann) M.; nach Weimar (Gehr. Schram) D.;

